

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**6/2020**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

## **Ausgabe Juli-August 2020**

Redaktionsnotiz.....	3
Friedrich Engels zum 200. Geburtstag.....	4
<i>Jelena Charlamenko: Friedrich Engels - eine Verkörperung nicht     realisierter historischer Möglichkeiten.....</i>	4
Die Grünen und die CDU.....	21
<i>Heinz Ahlreip: „Liebe CDU“ – Ein ‚Glückwunsch‘ auch von mir...</i>	21
Covid 19 - Über die Redlichkeit.....	23
<i>Redaktion offen-siv: Vorbemerkung.....</i>	23

<i>Frank Flegel: Pandemie im Kapitalismus, 1. Teil</i> .....	24
<i>Miclas Lacorn, Uwe Humbusch: Leserbrief an die „Rote Fahne“, Zentralorgan der KPD</i> .....	28
<i>Michael Kubi: Kommentar zum Leserbrief von Miclas und Uwe</i> ...	30
<i>Frank Flegel: Pandemie im Kapitalismus, 2. Teil</i> .....	36
<i>Frank Flegel: Krisenzyklen, Corona und der deutsche Imperialismus</i> .....	41
<i>Sebastian Rostock, Nadezhda Syrkina: Marxistische Sicht auf die Corona-Panik</i> .....	46
<i>Redaktion offen-siv: Begründung der Ablehnung des Artikels von Nadezhda und Sebastian</i> .....	53
<i>Emko: Leserbrief zu DRF 7/2020 "Marxistische Sicht auf die Corona-Panik"</i> .....	55
<i>Frank Flegel: Überprüfung der in „Marxistische Sicht auf die Corona-Panik“ genannten „Experten“</i> .....	58
<i>Horst Vogel: Rundmail an die Empfänger des Artikels von Rostock/Syrkina</i> .....	58
<i>Frank Flegel: Weitere Daten und Fakten zum deutschen Imperialismus</i> .....	61
<i>Redaktion offen-siv: Über die Redlichkeit</i> .....	67
<i>Dimitris Koutsoumbas, Generalsekretär des ZK der KKE: Das Ende der Mythen und Illusionen</i> .....	68
Obdachlosigkeit.....	76
<i>Heinz Ahlreip: Wohnraumklau in der BRD</i> .....	76
KKE und TKP.....	79
<i>Cinar Cimen: Auszug aus und Kommentar zu dem Referat der KO zur Lage unserer Bewegung auf der Welt</i> .....	79

## **Impressum**

### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Boddenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: 3edaction@offen-siv.com, Homepage: www. Offen-siv.net

#### **Spendenkonto:**

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

## **Redaktionsnotiz**

Es ist uns nichts anderes übrig geblieben, als Corona zum Schwerpunkt dieses Heftes zu machen. Keine Angst, wir werden kein medizinisches Fachblatt. Es geht vielmehr um Verschwörungstheorie, die im Kleide der Wissenschaftlichkeit daherkommen und abenteuerliche Thesen über den Zustand des Imperialismus, gerade auch des deutschen Imperialismus aufstellen. Es geht also weniger um Medizin, stattdessen mehr um Ökonomie. Um den Zusammenhang verständlich darzustellen, war der Abdruck von Originaltexten notwendig. Ihr werdet also Dinge finden, die wir normaler Weise niemals drucken würden. Bei einem der Texte war es tatsächlich so, dass wir ihn abgelehnt haben, ihn nun in diesem analytischen Zusammenhang aber drucken. Der Schwerpunkt nimmt viel Platz im Heft ein, so dass das Themenspektrum diesmal etwas kleiner ist als sonst.

Neben diesem Schwerpunkt geht es um Engels, dessen 200. Geburtstag wir in diesem Jahr feiern, um die Grünen und die CDU, um die KKE und die TKP und um die Obdachlosigkeit.

**Wichtiger Hinweis in eigener Sache: Wir mussten ein neues Konto für die Zeitschrift offen-siv einrichten.**

Die Sparkasse Hannover hat uns untersagt, unser bisheriges Konto, weil es ein Privat-Girokonto ist, als Spendenkonto für die offen-siv weiterhin zu nutzen – nach fast 25 Jahren.

Es gibt nun also ein neues Konto, ein Geschäftskonto. Bitte verwendet nur noch dieses und bitte denkt, wenn Ihr einen Dauerauftrag eingerichtet habt, daran, diesen auf das neue Konto umzustellen. Falls Ihr das zunächst vergessen haben solltet, ist Euer Geld nicht weg, denn es gilt eine Übergangsfrist von drei Monaten. Nur bitte: stellt besser gleich um, in drei Monaten vergisst man sowas sehr leicht.

**Spendenkonto Offensiv - Achtung! Neues Konto! -:**  
**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,**  
**IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77**  
**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

<p>Friedrich Engels zum 200. Geburtstag</p>
---

**Jelena Charlamenko: Friedrich Engels - eine Verkörperung nicht realisierter historischer Möglichkeiten**

Jubiläumsdaten, die mit dem Leben eines bedeutenden Menschen zusammenhängen, verleihen oftmals den Diskussionen über seine Rolle in der Geschichte einen neuen Impuls. In diesem Sinne war das Verhältnis zu Friedrich Engels schon immer reichlich merkwürdig. Einerseits erkannten marxistische Strömungen in der Mehrzahl Engels als einen der Gründerväter des Marxismus an. Andererseits enthält schon die Bezeichnung „Marxismus“

<sup>1</sup> Erstveröffentlichung in „Marxistische Blätter“ Nr. 6, 1995, Übersetzung aus dem Russischen: Gudrun Havemann

an sich die einseitige Vorstellung von der ausschließlichen Bedeutung des Karl Marx.

Diese Einseitigkeit geht zum Teil auf Engels selbst zurück, der - ein wenig zu leichtfertig - sich mit seinem verstorbenen Freund nicht auf eine Stufe zu stellen wünschte.<sup>2</sup> Doch hätte das allein aufgrund dieser Tatsache nicht über hundert Jahre Bestand gehabt.

Viel zu oft wurde dagegen Engels selbst etwas zur Last gelegt - das eine Mal die Dialektik der Natur, die den Marxismus in eine „totale“ Philosophie verwandelt und ihn seiner humanistischen Quellen beraubt hätte, das andere Mal „deutscher Patriotismus“, ein drittes Mal gar Hass gegenüber Russland und anderen slawischen Völkern. So drängt sich der Eindruck auf, dass Engels auf irgendeine Weise nachfolgenden „Marxisten“ – also solchen, von denen Marx gemeint hatte: „Ich weiß nur, dass ich kein Marxist bin“ - unbequem war.

Der 175. Geburtstag und der 100. Todestag von Engels fallen in die schwere Zeit der Niederlage des Frühsozialismus in Ost- und Mitteleuropa. Aus den Trümmern des offiziellen Marxismus erheben sich plötzlich eine Menge „Theoretiker“ - erklärte Feinde des Marxismus, aber auch treue Freunde, die mitunter gefährlicher sind als seine Feinde. Notorisch hört und liest man heutzutage, dass der Marxismus nicht „funktionstüchtig“ sei, seine Schlussfolgerungen sich nicht bestätigt hätten, dass er der russischen Zivilisation fremd sei und alles Unglück Russlands in den letzten 75 Jahren verursacht habe, da ihm diese Theorie aufgezwungen worden sei.

So äußerte sich z.B. Herr S. Kara-Mursa, ein bekannter Publizist der Opposition, den die „Prawda“ sogar als „führenden Philosophen“ bezeichnete, so: „Der Marxismus stellt eine der Theorien und Ideologien des Industrialismus dar, d.h. der westlichen Klassengesellschaft (...) Der Marxismus, der die „Physiologie“ der westlichen Marktgesellschaft aufdeckt, beschreibt die russische Gesellschaft unzureichend. Indem unsere Realität unter die Dogmen des Marxismus subsumiert wurde, woran Marx selbst keine

<sup>2</sup> vgl. F. Engels, Brief an F. Mehring vom 14.8.1893, in: MEW Bd. 39, S.96

Schuld trägt, erlitten wir ein schweres Trauma. Infolge dieser Subsumtion stehen wir heute völlig ohne Theorie da.“<sup>3</sup>

Natürlich muss dem „führenden Philosophen“ dafür gedankt werden, dass er Marx‘ Unschuld freimütig anerkennt. Ob er denn auch Engels‘ Unschuld anerkennen könnte, wenn er jenen beindruckenden Brief kennen würde, indem dieser nicht nur die allgemeine Entwicklung der Ereignisse unserer Zeit, sondern auch eine derartige Kritik durch Kara-Mursa und viele andere Zeitgenossen buchstäblich vorausgesagt hatte?

„Mir ahnt so was“, schreibt Engels, „als ob unsre Partei, dank der Ratlosigkeit und Schlawfrucht aller andern, eines schönen Morgens an die Regierung forciert werde, um schließlich doch die Sachen durchzuführen, die nicht direkt in unsrem, sondern im allgemeinen revolutionären und spezifisch kleinbürgerlichen Interesse sind; bei welcher Gelegenheit man dann, durch den proletarischen Populus getrieben, durch seine eignen, mehr oder weniger falsch gedeuteten, mehr oder weniger leidenschaftlich im Parteikampf vorangedrängten, gedruckten Aussprüche und Pläne gebunden, genötigt wird, kommunistische Experimente und Sprünge zu machen, von denen man selbst am besten weiß, wie unzeitig sie sind. Dabei verliert man dann den Kopf - hoffentlich nur physiquement parlant<sup>4</sup> - eine Reaktion tritt ein, und bis die Welt imstande ist, ein *historisches* Urteil über so was zu fällen, gilt man nicht nur für eine Bestie, was Wurst wäre, sondern auch für bete<sup>5</sup>, und das ist viel schlimmer. Ich sehe nicht gut ein, wie es anders kommen kann. In einem arrierten<sup>6</sup> Lande wie Deutschland, das eine avancierte Partei besitzt und mit einem avancierten Land wie Frankreich zusammen in eine avancierte Revolution verwickelt wird, muß beim ersten ernsthaften Konflikt, und sobald *wirkliche Gefahr* eintritt, die avancierte Partei drankommen, und das ist jedenfalls *vor* ihrer normalen Zeit. Indessen ist das alles Wurst, und das beste ist, daß für einen solchen Fall in der *Literatur* unserer Partei schon im voraus ihre Rehabilitierung in der Geschichte begründet ist.“<sup>7</sup>

<sup>3</sup> „Prawda“ vom 6.5. 1995

<sup>4</sup> im physischen Sinne

<sup>5</sup> dumm

<sup>6</sup> zurückgebliebenen

<sup>7</sup> F. Engels, Brief an J. Weydemeyer vom 12.4. 1853, in: MEW Bd. 28, S. 580

Würde man in diesem Zitat an die Stelle Deutschlands Russland setzen und an die Stelle Frankreichs - Deutschland, so kann man sich nur wundern, mit welcher Präzision der Begründer einer der „Ideologien der westlichen Industriegesellschaft“ die Ereignisse in einer Gesellschaft vorhersagte, die heutzutage gewöhnlich weder zu den westlichen, noch zu den industriellen gerechnet wird. Wir wagen natürlich nicht zu hoffen, dass Kritiker vom Schlage eines Kara-Mursa sich über dieser Prognose den Kopf zerbrechen, um so mehr, als alle diese Leute mit erstaunlicher Einmütigkeit jegliche Erwähnung von Engels meiden.

In unseren Augen wirft dagegen dieser Absatz gleich mehrere theoretische Fragen auf. Kann man, erstens, annehmen, dass sich Engels irrte, als er eine europäische Revolution noch für die fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts prognostizierte, die dann bekanntlich nicht stattfand? Zweitens, ist es Zufall, dass sich seine Prognose dennoch bewahrheitete, obgleich zu einem anderen Zeitpunkt und im Grunde an einem anderen Ort? Drittens, wie kann überhaupt ein Mensch, sogar ein herausragender Theoretiker, um so viel seiner Zeit voraus sein? Viertens, hängt vielleicht damit die hartnäckige Ignoranz gegenüber Engels sowohl seitens der Marxisten von oben beschriebener Couleur, als auch seitens der Marxismus-Kritiker zusammen?

Versuchen wir, diese Fragen zu beantworten.

1.

Bekanntlich lassen sich die Konzeptionen, innerhalb derer über historische Entwicklung reflektiert wird, in zwei Richtungen unterteilen, die voluntaristische und die deterministische. Die erste führt die Geschichte auf eine Serie von Zufällen zurück, beispielsweise auf die Nase Cleopatras oder das Charisma irgendeines Führers oder Propheten. Von diesem Standpunkt aus machen Persönlichkeiten insofern Geschichte, als sie in der Lage seien, ihr in einem beliebigen Moment eine beliebige Tendenz zu verleihen. Gerade solchen Vorstellungen begegnete Engels voller Ironie, denn ihnen zufolge gelte dann auch: „hätten Richard Löwenherz und Philippe Auguste den Freihandel eingeführt, statt sich in Kreuzzüge zu verwickeln, so blieben uns fünfhundert Jahre Elend und Dummheit erspart“.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> F. Engels, Brief an F. Mehring vom 14.7.1893, in: MEW Bd.39, S.97 f.

Der Marxismus geht bekanntlich von der Existenz objektiver Gesetze der Geschichte aus und kann daher zur zweiten Gruppe gerechnet werden. Muss das aber bedeuten, dass der marxistische Determinismus mit dem von Laplace identisch ist und folglich eine von vornherein gegebene Bedingtheit der historischen Ereignisse postulieren würde, und zwar, strenggenommen, eine Bedingtheit, die noch vor Beginn der Geschichte selbst gegeben wäre?

Engels schrieb aus diesem Anlass: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet.“

Diese Formulierung kann man sicher in einem beliebigen Lehrbuch des historischen Materialismus wiederfinden.

Engels' Fortsetzung im selben Brief jedoch lautet: „Zweitens aber macht sich die Geschichte so, daß das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, wovon jeder wieder durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist...“<sup>9</sup>

Eine solche Aussage ließe sich eher irgendeiner voluntaristischen Schule zuschreiben, wenn ihr Autor nicht bekannt wäre. Riskieren wir denn bei einer solchen Herangehensweise nicht, unversehens in eine „schlechte Unendlichkeit“ zu geraten, wenn wir jeden Einzelwillen durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen erklären, und diese wiederum - durch die Konflikte vieler Einzelwillen? Und auf welche Weise ist das Endresultat dieser Konflikte der Einzelwillen in letzter Instanz durch ökonomische Voraussetzungen bedingt?

Das erhellt uns leider kein Lehrbuch des Historischen Materialismus.

Wenn wir annehmen, dass die ökonomische Entwicklung den Gang der historischen Ereignisse *eindeutig* determiniert, würde die Wendung „in letzter Instanz“ praktisch keinen Sinn ergeben, und der historische Materialismus wäre dann in der Tat ein ökonomistischer Materialismus.

Vermutlich sollten wir Engels so verstehen, dass die ökonomische Basis in bestimmten Momenten ihrer Entwicklung einen gewissen Fächer von

<sup>9</sup> F. Engels, Brief an J. Bloch vom 21./ 22.9.1890, in: MEW Bd. 37, S. 463 f.

Möglichkeiten für menschliche Willenshandlungen eröffnet. Welche der Möglichkeiten sich realisiert, hängt eben von den „Konflikten der Einzelwillen“ ab, die prinzipiell nicht vorprogrammierbar sind. Das Fundament für eine neue historische Epoche bildet dann die jeweils verkörperte Möglichkeit. Sie bestimmt nämlich, auf welche Weise historische Aufgaben gelöst werden, die in einem neuen Stadium der ökonomischen Entwicklung entstehen, darunter auch eine Reihe Details der ökonomischen Entwicklung selbst. Und genau auf diese Weise setzt sich „durch die unendliche Menge von Zufälligkeiten ... als Notwendigkeit die ökonomische Bewegung ... durch“<sup>10</sup>:

Die historische Gesetzmäßigkeit entsteht als Wechselwirkung von Notwendigkeit und Zufall.

An Beispielen aus der deutschen Geschichte veranschaulicht Engels seine ausgesprochenen und unausgesprochenen Gedanken: „Der preußische Staat ist auch durch historische, in letzter Instanz ökonomische Ursachen entstanden und fortentwickelt. Es wird sich aber kaum ohne Pedanterie behaupten lassen, daß unter den vielen Kleinstaaten Norddeutschlands gerade Brandenburg durch ökonomische Notwendigkeit und nicht durch andere Momente dazu bestimmt war, die Großmacht zu werden, in der sich der ökonomische, sprachliche und seit der Reformation auch religiöse Unterschied des Nordens vom Süden verkörperte.“<sup>11</sup>

In diesem Sinne ist die letztlich realisierte Möglichkeit nicht die einzige real existierende.

Der sowjetische Historiker B. N. Porschnew vertrat die Auffassung, dass in der Geschichte gar nichts anderes existiert, als eine Vielzahl verschiedenster Möglichkeiten, von denen die einen verwirklicht werden und die anderen nicht. Eine dieser existenten, aber nicht verwirklichten Möglichkeiten stellte die Möglichkeit einer europäischen Revolution in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts dar.

Engels' Prognose traf in dem Maße zu, in dem diese Möglichkeit realisiert, und sie wurde unzutreffend in dem Maße, in dem sie nicht realisiert wurde.

<sup>10</sup> ebd.

<sup>11</sup> ebd.

Dass sie überhaupt nicht realisiert wurde, kann nicht behauptet werden: Hier brauchen wir nur an die „Revolutionen von oben“ erinnern (die sogar Elemente einer „Revolution von unten“ enthielt), die zum Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Russland, Deutschland und Italien stattfanden.

Im Ergebnis des Konflikts einer Vielzahl von Einzelwillen wurde aus dem Möglichkeitsspektrum nicht die am weitesten links stehende gewählt - die „rote“, die Engels erhofft hatte, sondern eine mittlere (eine „gelbe“?), und dieser Umstand wurde zur Grundlage der darauffolgenden Entwicklung der Geschichte - sowohl der europäischen, als auch in bedeutendem Maße der Weltgeschichte.

Auf diese Weise wird also ein neues Möglichkeitsspektrum nicht schlechthin durch die allgemeine ökonomische Notwendigkeit bedingt, sondern durch deren Wechselwirkung mit den früheren verwirklichten und nicht verwirklichten historischen Möglichkeiten.

2

Daraus folgt die Antwort auf unsere zweite Frage: Hat sich Engels' Prognose für das Deutschland des 19. Jahrhunderts *zufällig* im Russland des 20. Jahrhunderts bewahrheitet?

Die Geschichte war für Engels ein in Zeit und Raum zusammenhängendes Ganzes, und zwar eben gerade dank der Wechselwirkung zwischen ökonomischer, sozialer und politischer Bewegung. Die Ereignisse um die Jahrhundertmitte waren für ihn ursächlich mit der ganzen vorangegangenen Geschichte verwoben, und zwar auch insofern, als die nicht verwirklichten Möglichkeiten der Vergangenheit als Bestandteil in die Gegenwart und in die Genese des zukünftigen Möglichkeitsspektrums eingebracht wurden. Daher konnte er auch die Ereignisse des 16. Jahrhunderts als Modell zum Studium der ihm gegenwärtigen Situation einsetzen, und seine tiefgründige Analyse des 19. Jahrhunderts modellierte, wie sich herausstellen sollte, die Ereignisse des 20. Jahrhunderts.

Betrachten wir im Folgenden, wie Engels in seiner Arbeit „Der deutsche Bauernkrieg“ die Kräftekonstellation und die Handlungen der Teilnehmer an den Ereignissen von 1524-1526 analysiert. Im Anschluss an das Werk von W.

Zimmermann konstatiert er nämlich nicht nur die verwirklichten Möglichkeiten. Unter den handelnden Personen interessieren ihn vor allem die Träger der nicht verwirklichten Möglichkeiten: Thomas Münzer und Wendel Hipler.

„Gerade wie Münzer, als Repräsentant der ganz außer dem bisherigen offiziellen Gesellschaftsverband stehenden Klasse, der Anfänge des Proletariats, zur Vorahnung des Kommunismus getrieben wurde, gerade so kam Wendel Hipler, der Repräsentant sozusagen des Durchschnitts aller progressiven Elemente der Nation, bei der Vorahnung der *modernen bürgerlichen Gesellschaft* an.“<sup>12</sup>

Und so analysiert Engels die Lage, in der sich Münzer nach der Machtübernahme in Mühlhausen im Frühjahr 1525 befand: „Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser verschiedenen Klassen erfordert. Was er tun *kann*, hängt nicht von seinem Willen ab, sondern von der Höhe, auf die der Gegensatz der verschiedenen Klassen getrieben ist, und von dem Entwicklungsgrad der materiellen Existenzbedingungen, der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, auf dem der jedesmalige Entwicklungsgrad der Klassengegensätze beruht. Was er tun *soll*, was seine eigne Partei von ihm verlangt, hängt wieder nicht von ihm ab, aber auch nicht von dem Entwicklungsgrad des Klassenkampfes und seiner Bedingungen; er ist gebunden an seine bisherigen Doktrinen und Forderungen, die wieder nicht aus der momentanen Stellung der gesellschaftlichen Klassen gegeneinander und aus dem momentanen, mehr oder weniger zufälligen Stande der Produktions- und Verkehrsverhältnisse hervorgehen, sondern aus seiner größeren oder geringeren Einsicht in die allgemeinen Resultate der gesellschaftlichen und politischen Bewegung. Er findet sich so notwendigerweise in einem unlöslichen Dilemma: Was er tun *kann*, widerspricht seinem ganzen bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei; und was er tun *soll*, ist nicht durchzuführen. Er ist, mit einem Wort, gezwungen, nicht seine Partei, seine

<sup>12</sup> F. Engels, Der deutsche Bauernkrieg, in: MEW. Bd. 7, S. 392

Klasse, sondern die Klasse zu vertreten, für deren Herrschaft die Bewegung gerade reif ist. Er muß im Interesse der Bewegung selbst die Interessen einer ihm fremden Klasse durchführen und seine eigne Klasse mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, daß die Interessen jener fremden Klasse ihre eignen Interessen sind.“<sup>13</sup>

Ist die Verwandtschaft mit dem Brief an Weydemeyer, der etwa drei Jahre später verfasst wurde, nicht frappierend? Ob sich Engels dabei womöglich als „Münzer des 19. Jahrhunderts“ empfand?

Die ökonomische Entwicklung Deutschlands im 16. Jahrhundert schuf Voraussetzungen für eine Vereinigung des Landes auf frühkapitalistischer Basis und einen Fächer möglicher Wege für die Erfüllung dieses Ziels. Der Weg einer Bauernrevolution war freilich praktisch unwahrscheinlich, diese Möglichkeit gab es nur rein formal. Der bürgerlich-adelige Weg hatte unter Berücksichtigung einiger bäuerlicher Interessen dagegen reale Chancen; die Niederlage Hiplers erklärt sich namentlich aus dem für ihn erfolglosen „Konflikt der Einzelwillen“, darunter aus dem Verrat Götz von Berlichingens und den Schwankungen Wilhelm von Grumbachs. Einen Schlussstrich unter all diese Versuche zogen allerdings erst der Dreißigjährige Krieg und der Westfälische Frieden. Die reale Möglichkeit einer nationalen Einigung verwirklichte sich in der jämmerlichen Form des Fürstenabsolutismus, der einzelne Landesteile zentralisierte.

Die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert eröffnete Deutschland die letzte Möglichkeit einer nationalen Einigung. Die Alternative dazu wäre seine Verwandlung in ein peripheres, wirtschaftlich und politisch von den Hegemonialmächten abhängiges Land gewesen.

Doch welche Kräfte waren in der Lage, nun diese Möglichkeit zu realisieren?

Der rote Streifen auf dem Spektrum der historischen Möglichkeiten, der zu Zeiten des Bauernkrieges erst ein dünnes Fädchen war, hatte sich zum Jahre 1848 hin bedrohlich verbreitert und nahm keineswegs einen geringeren Platz im Spektrum ein, als 1625 der Streifen Hiplers. Erst nach der Niederlage der revolutionären Bewegung von 1848/1849 und nach der nicht zustande gekommenen Revolution der fünfziger Jahre waren die Chancen der Linken

<sup>13</sup> ebd. S. 400 f.

begraben und wurde die nationale Einigung endgültig Sache rechtszentristischer Kräfte. Die Unvollkommenheit bürgerlich-adeliger Zentralisierung des 16. Jahrhunderts erlaubte es diesem Block, eine relativ fortschrittliche Rolle im 19. Jahrhundert zu spielen. Man kann sagen, dass Hipler im letzten Moment doch noch gesiegt hat - in Gestalt Bismarcks. Engels hatte durchaus Recht mit der Behauptung, dass „der Bauernkrieg unsern heutigen Kämpfen so überaus fern nicht (steht), und die zu bekämpfenden Gegner ... größtenteils noch dieselben (sind)“.<sup>14</sup>

Im Ergebnis der Einigung hörte Deutschland auf, ein rückständiges Land zu sein, in dem die Linkskräfte gesamt-nationale Aufgaben im wesentlichen auf Kosten ihrer Klassenaufgaben zu lösen hatten. Das bedeutete jedoch keineswegs ein Verschwinden der Klassenaufgaben von der Tagesordnung, nur musste sich das Zentrum ihrer Lösung aus Deutschland in ein anderes Land verlagern. Diese Verschiebung ist nicht mechanisch aufzufassen, sie ist vielmehr organisch in die gesamte Weltentwicklung eingebettet, in der sich nationale und internationale Prozesse wechselseitig zutiefst bedingen.

Engels hatte dies sehr wohl verstanden. In dem schon zitierten Brief an J. Bloch deckte er diese Wechselwirkung am Beispiel der inneren und internationalen Faktoren der Zersplitterung und der Einigung Deutschland auf. Zusammen mit den inneren Faktoren nennt er den Umstand der Verwicklung Brandenburgs „durch den Besitz von Preußen, mit Polen, und dadurch mit internationalen politischen Verhältnissen - die ja auch bei der Bildung der österreichischen Hausmacht entscheidend sind“.<sup>15</sup> Die historischen Alternativen dazu entstanden nicht im Rahmen irgendeines Mini-Fürstentum, und nicht einmal im Rahmen Brandenburgs oder Deutschlands insgesamt, sondern im Rahmen der dieser Epoche adäquaten Dimension des internationalen Verkehrs.

Seit Bildung des Heiligen Römischen Reiches war Deutschland ein Knotenpunkt der internationalen Beziehungen Europas. Diese Rolle behinderte in bedeutendem Maße den Prozess seiner nationalen Vereinigung, die erst reale Chancen bekam, als das europäische System internationaler Beziehungen in eine Krise geraten war. Aus denselben Gründen erwies sich

<sup>14</sup> ebd, S.329

<sup>15</sup> F. Engels, Brief an J. Bloch vom 21./22.9.1890, in: MEW Bd. 37, S.464

Deutschland im 15. Jahrhundert als Zentrum des europäischen revolutionären Prozesses. Der Ausgang der revolutionären Bewegung in einem beliebigen Land hing von seiner Position in diesem System ab. Die Hussitenbewegung hätte ohne Einmischung des deutschen Kaisers keine Niederlage erlitten. Die wichtigste Kraft der Gegenreformation war das Bündnis der österreichischen und spanischen Habsburger. Die englische Revolution konnte nur auf dem Hintergrund des Dreißigjährigen Krieges siegreich sein.

Sogar die Große Französische Revolution und später Napoleons Imperium sahen sich gezwungen, Deutschland in ihren Bannkreis zu ziehen.

Die Fortsetzung dieser beiden historischen Tendenzen bildete die Möglichkeit der revolutionären Einigung des Landes, die Engels 1848/1849 mit der *europäischen* Revolution und 1853-1859 mit einem *europäischen* Krieg verband. Unablässig lenkte er die Aufmerksamkeit seiner Korrespondenten darauf, dass im Falle des Eintritts Deutschlands in den Krim-Krieg 1853-1856 oder in den französisch-österreichischen Krieg 1859 unweigerlich ein europäischer Krieg ausbrechen würde, dessen Ergebnis die deutsche und die europäische Revolution gewesen wären. Nach seinen Worten wäre, wenn Louis Napoleon einen Krieg für die Errichtung der Rheingrenze geführt hätte, eine Zwangslage entstanden, „worin Deutschland kein anderer Ausweg blieb, als die Revolution, die Verjagung sämtlicher Fürsten, die Herstellung der deutschen einheitlichen Republik.“<sup>16</sup> Zu denselben Folgen hätte, Engels' Überzeugung nach, ein Krieg Deutschlands gegen das zaristische Russland geführt.

Nichts dergleichen passierte. Nach seiner Einigung „von oben“ hörte Deutschland auf, die Rolle des Knotenpunktes europäischer Wechselbeziehungen zu spielen.

Diese Rolle fiel nunmehr an das russische Reich und zwar bereits in eurasischen Dimensionen. Seit dieser Zeit konnte kein revolutionärer Prozess auf dem gesamten Kontinent mehr darauf hoffen, ohne Russlands Unterstützung einen Erfolg zu erringen: erinnert sei wenigstens an die Niederschlagung der Aufstände in Polen und Ungarn und den Erfolg der Unabhängigkeitskriege in Griechenland, Serbien und Bulgarien. Zugleich

<sup>16</sup> F. Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“, in: MEW. Bd. 21, S.417

machten die inneren Entwicklungsprozesse Russland zu einem ebenso rückständigen Land, wie es seinerzeit Deutschland war.

Und hier beginnt eine revolutionäre Explosion desselben Typs heranzureifen: Sie kann linksradikale Kräfte des extrem linken Flügels des historischen Möglichkeitsspektrums an die Macht bringen, obwohl die Wahrscheinlichkeit hierfür nicht sehr groß ist. Doch im Falle eines Erfolgs haben diese ebenso nicht so sehr Klassenaufgaben als vielmehr allgemein-nationale, allgemein-revolutionäre und wahrscheinlich internationale Probleme zu lösen.

Engels konnte diese Verschiebung nicht übersehen. 1894 schrieb er über die innere Krise Russlands gegen Ende der siebziger Jahre: „Damals gab es in Rußland zwei Regierungen: die des Zaren und die des geheimen Vollziehungsausschusses (ispolnitel'nyi komitet) der terroristischen Verschwörer. Die Macht dieser geheimen Nebenregierung stieg von Tag zu Tag. Der Sturz des Zarentums schien bevorzustehn; eine Revolution in Rußland mußte die gesamte europäische Reaktion ihrer stärksten Stütze, ihrer großen Reservearmee berauben und dadurch auch der politischen Bewegung des Westens einen neuen, gewaltigen Anstoß und obendrein unendlich günstigere Operationsbedingungen geben.“<sup>17</sup>

Auf diese Weise entdeckte Engels am Jahrhundertende in Russland eine alternative Situation - den „Konflikt der Einzelwillen“ der zaristischen Regierung und des Vollziehungsausschusses der „Narodnaja Wolja“<sup>18</sup>, einen Konflikt, der durch die Krise des Übergangs des Wirtschaftssystems der Leibeigenschaft zu einem anderen hervorgerufen war.

Zu welchem - darin genau bestand die Alternative. Der Sieg des konterrevolutionären Willens würde die Bewegung des Landes auf den kapitalistischen Weg drängen; der Sieg des revolutionären Willens könnte sehr neuartige und perspektivreiche historische Möglichkeiten sowohl für Russland selbst, als auch für die ganze Welt eröffnen:

Denn es sei „nicht nur möglich, sondern gewiß, daß, nach dem Sieg des Proletariats und nach Überführung der Produktionsmittel in Gemeinbesitz bei den westeuropäischen Völkern, den Ländern, die der kapitalistischen

17 F. Engels, Nachwort zu „Soziales aus Rußland“, in: MEW Bd. 22, S. 432

18 vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Narodnaja\\_Wolja](https://de.wikipedia.org/wiki/Narodnaja_Wolja)

Produktion eben erst verfallen und noch Gentileinrichtungen oder Reste davon gerettet haben, in diesen Resten von Gemeinbesitz und in den entsprechenden Volksgewohnheiten ein mächtiges Mittel gegeben ist, ihren Entwicklungsprozeß zur sozialistischen Gesellschaft bedeutend abzukürzen und sich den größten Teil der Leiden und Kämpfe zu ersparen, durch die wir in Westeuropa uns durcharbeiten müssen.“<sup>19</sup>

Wie wir sehen, war Engels davon überzeugt, dass der revolutionäre Prozess am Ende des 19. Jahrhunderts eurasische Dimensionen der Wechselbeziehungen annehmen musste.

Eine russische Revolution würde die Möglichkeit für den Sieg der Revolutionen in ganz Europa eröffnen, was seinerseits Russland und den ihm verwandten Ländern helfen könnte, sich nunmehr nach Gesetzen zu entwickeln, die von den Entwicklungsgesetzen des kapitalistischen Westens verschieden sind.

Ohne Rücksicht auf Herrn Kara-Mursa und ähnliche führende Philosophen kann Russlands „Sonderweg“ nicht durch die Besonderheit „russischer Zivilisation“, sondern nur durch die Einheit der Weltgeschichte bedingt sein. Dafür, dass dieser „Sonderweg“ begangen werden kann, ist eine Weltrevolution erforderlich. Deren Niederlage aber bedeutet für Russland ein Einschwenken auf den Weg des „westlichen Industrialismus“, mit all den ihn begleitenden ökonomischen und sozial-politischen Kosten. Viel höheren, als beispielsweise in Großbritannien, Frankreich und selbst Deutschland, muss aus heutiger Sicht ergänzt werden.

Als Engels behauptete, dass der sozialistische Charakter der Revolution in Russland und das Hinüberwachsen später Gentileinrichtungen in sozialistische nur in Wechselwirkung von Gemeinde und Gesellschaft auf ihrem industriellen Entwicklungsstadium gesichert werden könne, hatte er völlig recht. Für das Ende des 19. Jahrhunderts konnte in diesem Sinne nur die Rede sein von einer Wechselwirkung Russlands und Westeuropas. Aus Engels´ Prognose lässt sich aber keineswegs schließen, dass sich nicht auch innerhalb eines solchen riesigen Landes wie Russland die Industriestadt entwickeln konnte, ohne endgültig die Reste der Gemeindeverfassung oder

<sup>19</sup> ebd. S. 428

wenigstens Teile davon zu zerstören. Ein Viertel Jahrhundert kapitalistischer Entwicklung schuf genau diese Lage.

Die Fortsetzung des Industrialisierungsprozesses in den dreißiger Jahren wurde begleitet von einer Kollektivierung, die weniger eine Kooperation von farm-ähnlichen Wirtschaften, als vielmehr eine Entwicklung der noch nicht endgültig vernichteten und vergessenen Gemeindetraditionen des russischen Dorfes darstellte.

Wie Engels vorausgesehen hatte, verlieh die russische Revolution dem revolutionären Prozess in Mittel- und Westeuropa einen mächtigen Impuls und zwar in eben jener schon in den 1890er Jahren angedeuteten Richtung: der Niedergang des Hohenzollern-Reiches, der Zerfall der Reiche der Habsburger und der Osmanen, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens.<sup>20</sup>

Den Revolutionen des 20. Jahrhunderts fiel die Aufgabe zu, nicht nur die Klasseninteressen des Proletariats zur Geltung zu bringen, sondern auch ein System von Nationalstaaten in Europa zu schaffen - eine Aufgabe, die schon im 16. Jahrhundert auf der Tagesordnung gestanden hatte und bisher ungelöst war. Der ungünstige Ausgang der historischen Alternative im 16. Jahrhundert trug dazu bei dazu, dass die europäischen Revolutionen auf ihrer sozialistischen Etappe eine Niederlage erlitten und lediglich erreichten, die Imperialisten daran zu hindern, „die russische Revolution in der Wiege zu ersticken“ (Winston Churchill).

Engels hatte die Einheit der Weltgeschichte begriffen, ohne sie als künstliches oder lineares Schema nach dem Muster der Hegelschen Bewegung „von Unfreiheit zur Freiheit“ aufzufassen. Er konstatierte ihre tatsächliche Vielschichtigkeit, ihren Reichtum und ihre komplizierten inneren Zusammenhänge. Allein das erklärt schon das hartnäckige Verschweigen oder die rein deklarative, an wirklichen Argumenten arme Kritik seitens zahlreicher Verfälscher und Vereinfacher.

Zu ergänzen bleibt, dass diese Geschichtsauffassung nur auf dem methodologischen Boden einer „totalen“ Philosophie gedeihen kann, die die

<sup>20</sup> vgl. F. Engels, Die auswärtige Politik des russischen Zarentums, in: MEW Bd.22, S.45-48

Betrachtung der Wechselwirkung zwischen Gesellschaft und Natur einschließt. Leider kann dieses Thema hier nicht weiter ausgeführt werden.

3

Nun steht nur noch die Antwort auf die letzte Frage aus: Auf welche Weise kann ein Mensch dermaßen weit seiner Zeit voraus sein? Eine solche Möglichkeit wurde bereits erheblich früher entdeckt. Schon Shelley schrieb, dass Dichter Priester einer unerreichbaren Eingebung seien, Spiegel, die jene Schatten reflektieren würden, die die Zukunft auf die Gegenwart werfe ...

Mit gleichem Recht kann man dies auch von Philosophen sagen, obwohl dies Hegels Bild von der Eule der Minerva widersprechen würde, die ihren Flug erst in der Dämmerung antritt.

„Was das Individuum betrifft, so ist ohnehin jedes ein Sohn seiner Zeit; so ist auch die Philosophie, ihre Zeit in Gedanken gefaßt. Es ist ebenso töricht zu wähnen, irgendeine Philosophie gehe über ihre gegenwärtige Welt hinaus, als, ein Individuum überspringe seine Zeit...“<sup>21</sup> Von Hegels Standort aus verhält sich das zweifellos so, weil die Geschichte in seinen Augen nur eine einzige Möglichkeit in sich trägt – nämlich diejenige, die sich verwirklicht.

Nicht wahr, ein bisschen bedauerlich ist es schon, gerade das bei einem deutschen Autor lesen zu müssen. War sein Land etwa tatsächlich schon in der absoluten Idee eindeutig zur Niederlage des Bauernkrieges mit all seinen Folgen und zur Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges verdammt? Zur Zersplitterung bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein? Zur Entfesselung zweier Weltkriege und zum Nationalsozialismus?

4

Versuchen wir doch einmal abschließend, uns im Rahmen der durch die ökonomische Basis geschaffenen Voraussetzungen vorzustellen, dass der Konflikt der Einzelwillen im Bauernkrieg andere Ergebnisse gezeitigt hätte, als in Wirklichkeit. Einen Sieg Münzers anzunehmen, wäre natürlich reine Phantasie; dagegen hatten, wie oben bereits bemerkt, die gemäßigten Kräfte reale Chancen auf Erfolg, vor allem in Süd- und Mitteldeutschland. Indirekt wird das durch die Erfahrung des benachbarten Tschechiens bestätigt, das

<sup>21</sup> G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Vorrede, Berlin 1981, S.27

diesen Regionen geographisch, ökonomisch und sozial nahestand. Kräfte, die denen ähnlich waren, die Hipler vertrat, hielten sich dort von 1434 bis 1526 an der Macht und zwangen die Habsburger, bis 1618 mit ihnen zu rechnen.

Die Verwirklichung des Heilbronner Programms hätte dann nicht nur der Einigung und der kapitalistischen Entwicklung Süd- und Mitteldeutschlands einen kräftigen Schub versetzt. Sie hätte auch verwandte Bestrebungen in Tschechien und Polen unterstützt und darüber hinaus starken Einfluss auf das Heranreifen von Bedingungen für eine frühbürgerliche Revolution in Nord- und Ostdeutschland, ja sogar Skandinavien ausgeübt. In diesem Falle hätte die Niederländische Revolution früher begonnen, bereits im Zusammenhang mit den Aufständen in Lübeck, Münster und Gent in den dreißiger Jahren des 16. Jahrhunderts, und sie hätte nicht nur die Niederlande, sondern den ganzen Norden Deutschlands erfasst. In diesem Falle hätten sich auf dem Reichsterritorium zwei nationale Königreiche herausbilden können: im Süden - höchstwahrscheinlich mit der ernestinischen Linie der Wettiner an der Spitze, und im Norden - vielleicht unter Führung der Dynastie der Nassau-Oranier. Vergessen wir nicht, dass Norddeutschland damals in ökonomischer, kultureller und sprachlicher Hinsicht den Niederlanden weit näher stand als dem Süden Deutschlands.

In der real stattgefundenen Geschichte war das eine der Barrieren des revolutionären Prozesses, was dagegen bei einer anderen Wendung der Ereignisse zum Abfall vom Reich durch Bildung zweier nationaler Königreiche hätte beitragen können. Für die Stabilisierung dieser Lage wäre ein erster europäischer Krieg erforderlich gewesen, der seinen historischen Voraussetzungen nach dem Dreißigjährigen geähnelt hätte, aber vermutlich weniger verheerend und ausdauernd gewesen wäre. Wahrscheinlich hätte er dann bereits zum Ende des 16./Beginn des 17. Jahrhunderts stattgefunden und zehn Jahre lang gedauert.

In diesem Falle wäre das Norddeutsche Königreich, das den Rhein als Wasserstraße und die Zugänge zur Ostsee beherrscht hätte, zum Anführer der manufakturiellen und später der industriellen Umwälzung geworden.

Wer das nicht glaubt, möge nach Wuppertal reisen und das Museum für Frühindustrialisierung besuchen. Dort ist zu sehen, wie sich schon vom frühen Mittelalter an in der Rheinprovinz die handwerkliche Basis der

manufakturiellen Umwälzung vorbereitete, wie sich die Wirtschaftsbeziehungen mit den Niederlanden zu knüpfen begannen, wie schon um 1600 die erste Maschine erfunden wurde.

Übrigens wäre bei einem solchen Gang der Ereignisse nicht ein einziges europäisches Land zur „Werkstatt der Welt“ geworden, und die Entwicklung des Kapitalismus in Europa wäre polyzentrisch und um vieles ausbalancierter verlaufen. Daher hätten die Kapitalisten über erheblich geringere Möglichkeiten zur Extraausbeutung der Werktätigen der Metropolen und der Völker der Kolonien verfügt und auch geringere Möglichkeiten zur Stabilisierung ihrer Herrschaft gehabt. Infolgedessen wären die Voraussetzungen für eine proletarische Revolution in Europa Mitte des 19. Jahrhunderts schon viel reifer gewesen, und Marx und Engels hätten sie nicht nur in der Theorie, sondern vielleicht auch in der Praxis geleitet.

Die Zukunft - das ist sehr oft die nicht verwirklichte Vergangenheit, und deshalb haftet der Möglichkeit, seiner Zeit voraus zu sein, nichts Phantastisches an.

Was passiert nun mit den nicht realisierten historischen Möglichkeiten?

Werden sie nicht in der sozialökonomischen und politischen Entwicklung verwirklicht, so verwandeln sie sich in Kultur, Dichtung und Philosophie. Und in der Tat, wie sähe die deutsche Kultur aus, wenn ihre Schöpfer, Hegel eingeschlossen, lediglich Genossen ihrer Zeit gewesen wären! Glücklicherweise war das nicht so, und vielleicht haben gerade in Deutschland die nicht verwirklichten Möglichkeiten, die hier besonders groß waren, den unglaublichen Aufschwung der Kultur als Gegengewicht zur „Welt der Gegenwart“ hervorgebracht.

Friedrich Engels war, so scheint es, direkt dazu auserwählt, die „Schatten der Zukunft“ am vollständigsten zu reflektieren. Er wurde in Barmen, in der Rheinprovinz, geboren - im Zentrum der zwar nicht im 17./18. Jahrhunderts, aber mit erheblicher Verzögerung schließlich doch noch vollzogenen industriellen Revolution. Seine Vorfahren väterlicherseits waren Teilnehmer am Bauernkrieg, mütterlicherseits kamen sie aus den Niederlanden.

1849 kämpfte er in einer aufständischen Truppe an denselben Schauplätzen, über die er ein Jahr später im „Bauernkrieg“ berichten sollte. Sein

individuelles Schicksal verkörpert von Anfang bis Ende das nicht durchgesetzte, bessere historische Schicksal Deutschlands und der Welt.

Die Ideen von Engels sind keine des gestrigen Tages, sondern Ideen aus dem Morgen, und sein 100. Todestag ist ein Missverständnis:

Engels erwartet uns in der Zukunft.

## Die Grünen und die CDU

### **Heinz Ahlreip: „Liebe CDU“ – Ein ‚Glückwunsch‘ auch von mir**

Am 26. Juni 2020 erschien in der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung‘ unter der Rubrik ‚Fremde Federn‘ ein Glückwunschartikel zum 75. Geburtstag der CDU von Annalena Baerbock und Robert Habeck mit der Überschrift: ‚Liebe CDU, alles Gute zum Geburtstag!‘

Man goutiere zunächst einmal die Konstellation: Führende Politiker des reaktionären Kleinbürgertums beglückwünschen in einem Blatt der Finanzbourgeoisie den politischen Abschaum der deutschen Provinz, der sich ideologisch dem Mittelalter verwandt fühlt. Beiden kommt es darauf an, die Affinität ihrer Partei zur CDU herauszustreichen: *„So wie wir immer schon etwas wollten, seid ihr immer schon etwas gewesen. Ihr seid ... das Bayern München der Politik“*.

Jede politische Partei strebt nach der Macht. Der ganze Artikel ist so angelegt, dass die Grünen nach einem gemeinsamen Weg mit der CDU auch eines Tages deutscher Meister in der Politik werden. *„Aber irgendwie haben wir, die wir Euch jahrelang herausgefordert haben mit unserem Drang, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen ... Euer Selbstverständnis im Umgang mit der politischen Macht heimlich bewundert“*.

Was unter Politik zu verstehen ist, das hat Habeck in seinem 2016 erschienen Buch ‚Wer wagt beginnt – Die Politik und ich‘ in naiv offener Weise dargelegt: *„Politik ist eine Beziehung zur Welt. Sie macht aus einer Reihe von*

*subjektiven Erfahrungen objektive Tatsachen. Sie verallgemeinert. Das ist ihr Spannungsbogen und ihr Sinn. Was man sich allein denkt oder vornimmt, wird in einer Demokratie durch die Gruppe Wirklichkeit“.* Eine offensichtlich infantile und vor allem unwissenschaftliche Auffassung von Politik.

Die Massen sind heute in Klassen aufgeteilt, die Klassen werden von Parteien geführt und diese wieder von den intelligentesten und autoritativsten Personen, die man Führer nennt. Politik ist ein Kampf der Parteien um die Macht im Staat. Wer die politische Macht hat, diese Frage entscheidet alles. So lehrte es Lenin im ‚Linken Radikalismus‘. Mit einem naiven Politikverständnis kann man natürlich nicht den wahren Kern der CDU erkennen.

Durch die Ablehnung der Stalin-Note im Jahr 1952 hat der damalige Gottvater der CDU, Adenauer, vor dem deutschen Volk schwerste Schuld auf sich geladen: Er hat im Auftrag einer fremden Macht, hier des US-Imperialismus, das eigene Volk gespalten und politisch die Weichen gestellt, dass sich im Ruhrgebiet, in der Bankenmetropole Frankfurt am Main und in der politischen Hauptstadt Bonn eine Kompradoren-Bourgeoisie herausbilden konnte, die auf Kosten des Volkes nach Herzenslust herumprasste und herumhurte (der Fall Rosemarie Nitribitt ...etc., in den auch der BND verwickelt war) und die mit den Gewehrkolben der Bundeswehr unter der Regie des US-amerikanischen Hauptquartiers das eigene Volk in Westdeutschland unterdrückte und unterdrückt und den sich entwickelnden Sozialismus in der DDR bekämpfte.

Der Mörder der an der sogenannten innerdeutschen Grenze und an der Berliner Mauer umgekommenen Deserteure, Konterrevolutionäre, Anhänger der Pop-Musik und der Drogen, der Prostitution, der prügelnden Nonnen in Kinderheimen und der arbeitsscheuen Kleinkriminellen heißt Konrad Adenauer.

Und nun lese man den Schmalz der Grünen: *„In Eurem ersten Grundsatzprogramm habt Ihr ... die Würde und Freiheit des Menschen in den Mittelpunkt gestellt – noch etwas, was uns verbindet“.* Konterrevolutionäre unter sich! So sehr steht die Würde und Freiheit des Menschen im Mittelpunkt, dass selbst junge Menschen, die bei der Musterung der Bundeswehr die Tauglichkeitsstufe 1 erhielten, am Ende ihrer

jahrzehntelangen Einsperrung in das Berufsleben die Fabrik oder den Acker als Wrack verlassen.

Habeck und Baerbock werden mit ihrer Naivität in der Politik immer Opfer von Betrug und Selbstbetrug bleiben. Sie schwärmen in der FAZ im Stil eines Herrn Karl Grün, wie bunt und vielfältig doch heute die bundesrepublikanische Gesellschaft geworden sei. Wischi waschi – Zwar können sich heute Männer zu Frauen und umgekehrt um-operieren lassen, was im Adenauermief nicht möglich war, man flog nach Marokko oder Thailand, aber das ist nicht entscheidend: Wir haben nur eine Operation im Kopf: Der kapitalistischen Schlange den Kopf zu zertreten.

## Covid 19 - Über die Redlichkeit

### ***Redaktion offen-siv: Vorbemerkung***

Wahrscheinlich können einige von Euch es nicht mehr hören bzw. lesen: „Corona“. Wir haben uns dazu entschieden, Euch trotzdem damit zu behelligen, denn (nicht nur) in unserem Umfeld sind in einem unglaublichen Maße zusammengespinnene, keiner Überprüfung an realen Fakten standhaltende „Theorien“ im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie propagiert worden, so dass uns nichts anderes übrig bleibt, als diese zum Teil vollkommen an der Realität vorbeigehenden Falschaussagen hier zum Thema zu machen.

Dazu dokumentieren wir im Folgenden einen Diskussionsablauf im Umfeld der offen-siv und der KPD.

Unklarheiten darüber, ob Covid-19 ernst zu nehmen ist oder von der Bourgeoisie aufgebauscht würde, gab es von Anfang an und auch bei uns. Das ist völlig verständlich, denn es gab ja eine neue Lage, auf die niemand vorbereitet war. Mit der Zeit wurden die Dinge klarer, und demensprechend entwickelten sich die Widersprüche.

Aber seht selbst.

## ***Frank Flegel: Pandemie im Kapitalismus*<sup>22</sup>, 1. Teil**

Die neuartige Mutation des Corona-Virus ist sehr ansteckend und grundsätzlich gefährlich, wenn auch nicht für alle Menschen im gleichen Maße. Es gibt keine Immunität der Bevölkerung, kann es auch nicht, denn Covid-19 ist neu. Auch gibt es bisher keinen Impfstoff und kein auf Covid-19 zugeschnittenes Medikament.

Wenn man eine explosionsartige Infektionswelle verhindern will, bleibt nichts anderes, als die Kontaktreduzierung zwischen den Menschen, um die Ansteckungsrate möglichst niedrig zu halten. Eine solche Kontaktreduzierung aber steht im Kapitalismus in scharfem Widerspruch zu den unmittelbaren Kapitalinteressen, denn durch die Kontaktreduzierung entstehen Umsatz- und Einnahmeausfälle<sup>23</sup> für die betroffenen Kapitalisten, was eine Kette weiterer Probleme nach sich zieht: Ausbleibende Aufträge auch in nicht direkt betroffenen Bereichen, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Firmen- und Privatinsolvenzen, damit Verstärkung der Umsatz- und Einnahmeeinbußen, Schrumpfen des Bruttoinlandsproduktes. Die Erscheinungen gleichen denen einer zyklischen Krise und die Auswirkungen sind ebenfalls ähnlich, nämlich durch Firmenpleiten große Produktionsmittel- und Kapitalvernichtung, steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Kaufkraft, Mindereinnahmen des Staates.

### **Interessenskonflikt zwischen Gesamtkapital und Einzelkapitalen**

Diese Situation verschärft die Konflikte zwischen einerseits dem Gesamtinteresse des Kapitals und andererseits den Einzelinteressen der unterschiedlichen Branchen und Konzerne. Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ hat das in ihrer Flugschrift vom 28. März 2020 sehr anschaulich herausgearbeitet: `

*„Jetzt, da es ernst wird, propagieren führende Vertreter aus Politik und Kapitalistenkreisen scheinbar harmlos eine schnelle `Herdenimmunsierung´ und nehmen damit bewusst den Tod von weltweit Millionen in Kauf, um nur möglichst rasch wieder die `Wirtschaft´, sprich die Profitmaschine, anzuwerfen. `Aus der deutschen Wirtschaft werden Forderungen nach einer*

<sup>22</sup> „Die Rote Fahne“, Zentralorgan der KPD, Mai 2020

<sup>23</sup> Schließung von Geschäften, Gaststätten und Beherbergungsbetrieben, Veranstaltungsverbote, Reisebeschränkungen u.s.w.

*Abkehr von den jüngsten Schutzmaßnahmen im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie laut. Die Maßnahmen trafen die Wirtschaft schwer, urteilt ein einflussreicher deutscher Finanzmanager: Der 'akute Absturz der Weltwirtschaft' sei der weit größere und gefährlichere Stresstest als Sars-CoV-2. Man müsse fragen, 'ob es richtig sei, dass zehn Prozent der wirklich bedrohten Bevölkerung geschont, 90 Prozent samt der gesamten Volkswirtschaft aber extrem behindert werden mit der unter Umständen dramatischen Konsequenz, dass die Basis unseres allgemeinen Wohlstands massiv und nachhaltig erodiert?' (German Foreign Policy zitiert hier das Handelsblatt vom 20.3.2020).*

*Das Ganze bringt den Widerspruch von Einzelkapitalisten und Gesamtkapital zum Ausdruck. Das Interesse des Gesamtkapitals muss sich per Zwangsgesetz gegen die Interessen der vielen Einzelkapitale durchsetzen, wie es Marx etwa bei der Einführung des 10-Stunden-Tags in England beschreibt. Das Gesamtkapital muss mithilfe seines Staats die Grundlagen der Ausbeutung sichern, auch wenn dadurch die Ausbeutungsmöglichkeiten für den Einzelkapitalisten zeitweise verringert werden. Das Gesamtkapital kann Katastrophen nicht brauchen. Es steht auf Ausbeutung in Ruhe und Ordnung, kranke Arbeiter will es nicht, weil die keinen Profit bringen. Werden sie massenhaft krank und von der Seuche bedroht, dann muss etwas getan werden, um die Arbeitskraft wieder herzustellen, zwar so billig wie möglich und mit allerlei Schikanen und Repressalien, mit Zeigen der Machtinstrumente und Einschränkung bürgerlicher Freiheiten, aber immerhin zur Wiederherstellung des 'Menschenmaterials'. – Der Einzelkapitalist steht in der Katastrophe vor dem Untergang als Kapitalist, besonders wenn er nicht zu den großen angeblich systemrelevanten Monopolen zählt. Da schreit man dann für den Erhalt 'der Wirtschaft', dass die Räder doch ungebremst rollen müssen.“<sup>24</sup>*

Diesem Prozess wohnen wir gerade bei, die Auseinandersetzungen um das Maß an Lockerungen nahmen und nehmen immer noch zum Teil groteske Züge an. So sagte der Vize-Gouverneur von Texas, dass die Großeltern bereit sein müssten, sich für ihre Enkel zu opfern, bevor man die Wirtschaft und das

<sup>24</sup> Erklärung der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung: „Zur politischen Ökonomie der Seuche, oder: Das Virus und der Klassenkampf“

Land der Corona-Krise opfert. Trump schlug bekanntlich vor zu prüfen, ob man den Leuten nicht Desinfektionsmittel spritzen könnte und Schäuble sagte dem „Tagesspiegel“: *„Wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: Das ist in dieser Absolutheit nicht richtig. ... Wenn es überhaupt einen absoluten Wert in unserem Grundgesetz gibt, dann ist das die Würde des Menschen. Die ist unantastbar. Aber sie schließt nicht aus, dass wir sterben müssen.“* Und etwas später ergänzt er, nach dem er sich gegen zu viele zentrale staatliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Covid-19 ausgesprochen hat: Der Staat könne *„nicht auf Dauer den Umsatz ersetzen.“*<sup>25</sup>

In diesen Chor stimmten ein die Kauf- und Möbelhäuser, die Gaststättenverbände und die Tourismusbranche, die Veranstaltungsbüros und Lichtspielhäuser, die Fußball-Bundesliga und viele mehr. Der Kapitalismus zeigt seine hässliche, menschenverachtende Fratze und das ehemalige Unwort des Jahres vom *„sozialverträglichen Frühableben“* wird wieder gesellschaftsfähig.

## **Das Gesundheitssystem im Kapitalismus**

Das Problem ist der privatwirtschaftliche Charakter des Gesundheitssystems. Die Pharmaindustrie besteht aus großen Aktiengesellschaften. Die Krankenhäuser sind zum Großteil privatisiert und damit gezwungen, Profit abzuwerfen. Aus Krankheit wird also Gewinn gezogen, Gesundheit muss für die damit beschäftigten Institute profitabel sein. Das bringt einiges an Problemen mit sich.

Kliniken müssen möglichst gut ausgelastet sein, ebenso die Operationssäle, denn die Operationen bringen das Geld. Das heißt, dass die Krankenhäuser im Normalbetrieb möglichst auf Volllast gefahren werden müssen. Nur dann stimmt der Profit. Eine Vorhalte an Betten, Geräten und Personal für Katastrophenfälle bedeutete eine empfindliche Schmälerung der Rentabilität und ist nicht vorgesehen.

Die Pharmakonzerne stellen Medikamente bzw. Wirkstoffe her, wenn das Gewinn verspricht, wenn also die notwendigen Komponenten günstig herstellbar sind und für das Medikament ein ausreichender Markt absehbar ist.

<sup>25</sup> Zitiert nach: Bild, 27. April 2020, S.2

Deshalb kommen die Wirkstoffe aus Indien und China und deshalb gibt es für manche seltenen Krankheiten keine Medikamente.

Dazu ein Beispiel aus der Corona-Viren-Forschung:

Rolf Hilgenfeld ist Professor für Biochemie an der Universität Lübeck und forscht an einem Medikament gegen die Coronaviren. In der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen“ erschien ein Interview mit ihm. Einige Auszüge: „ *FRAGE: Wie nah sind sie an der Produktion dieses Medikamentes? ANTWORT: Dieses Medikament wird für den jetzigen Ausbruch nichts mehr beitragen können. Dafür wird es zu spät kommen. Es ist für sars-3, wenn der nächste Ausbruch kommt. ... FRAGE: Das klingt nach einem langwierigen Procedere. ANTWORT: Nach Mäuseversuchen kann man klinische Phase-1-Versuche an Freiwilligen beginnen, und später Phase-2-Versuche an Kranken. Dazu muss man natürlich Erkrankte haben. Typischerweise ist der Ausbruch zu diesem Zeitpunkt aber schon vorbei und es gibt keine Kranken mehr. Die einzige Hoffnung ist, dass dann wieder ein neuer Ausbruch kommt, oder dass es saisonal wird. ...FRAGE: Das kann ja noch Jahre dauern. ANTWORT: Wir betreiben die Forschung systematisch seit 2014. ...Wir haben jetzt einen Wirkstoff, und den haben wir so designt, dass er alle möglichen Corona-Viren hemmen kann. Wir haben darauf geachtet, dass Fledermaus-Corona-Viren blockiert werden, sodass wir, wenn die auf den Menschen überspringen, schon etwas in der Hand haben. Das ist ein Breitband-Antiviral-Wirkstoff. ... FRAGE: Aber aus Ihren Worten klingt auch heraus, dass die Pharmaindustrie die Forschung mit mehr Mitteln unterstützen muss. ANTWORT: Die Pharmaindustrie bewegt sich langsam, weil die Fallzahlen beginnen, für sie interessant zu werden. Wir hatten 8.000 Sars-Fälle. Das war kein Markt. Wir hatten seit 2012 etwa 2.400 Mers-Fälle. Das ist kein Markt. Aber jetzt haben wir über 1,5 Millionen Sars-2 Fälle (Covid 19). Selbst das reicht immer noch nicht, weil man nicht weiß, wie lange die Epidemie noch anhält. FRAGE: Und wieviel Forschungsarbeit noch hineinzustecken ist. ANTWORT: Genau. Die Pharmaindustrie ist so aufgestellt, dass sie ihren Aktionären Rechenschaft ablegen muss. Sie kann da keine großen Verluste machen. FRAGE: Deshalb fordern Sie eine stärkere öffentliche Förderung der Forschung? ANTWORT: Ja, auf jeden Fall. Wenn*

*die Politik 2004<sup>26</sup> gesagt hätte: Wir investieren eine Milliarde Euro in den Aufbau eines staatlichen Institutes für antivirale Forschung, dann bräuchten wir heute nicht 156 Milliarden Euro in die Hand zu nehmen, um die Wirtschaft einigermaßen in Gang zu halten. Wir hatten Zeit genug. ... FRAGE: Aber das geht nur mit staatlicher Forschung? ANTWORT: Ich denke, ja. Das wird ein Privatunternehmen nicht machen können. Das ist kein Profitgeschäft.“<sup>27</sup>*

Der Privatbesitz an den Produktionsmitteln der Pharmakonzerne hat also verhindert, dass es ein Medikament gegen das Corona-Virus gibt.

## **Miclas Lacorn, Uwe Humbsch: Leserbrief an die „Rote Fahne“, Zentralorgan der KPD<sup>28</sup>**

Liebe Genossen,

„wo drei zusammenstehen, die sollen auseinander gehen.“ Mit dieser Parole versucht die Bourgeoisie bereits seit dem Kaiserreich den Kampf der Arbeiterklasse zu unterbinden. Den Arbeitern im Kaiserreich war dies vollkommen bewusst und sie kämpften dagegen an.

In der Mai Ausgabe der Roten Fahne müssen wir nun lesen, dass „wenn man eine explosionsartige Infektionswelle verhindern will, bleibt nichts anderes, als die Kontaktreduzierung zwischen den Menschen.“ Frank Flegel plappert also bar jeden besseren Wissens die Interessen des Großkapitals nach, anstatt eine klare marxistische Analyse durchzuführen und die Genossen in die Aktion gegen den Angriff des Großkapitals zu bringen.

Er hat das Thema "Pandemie im Kapitalismus" grundlegend verfehlt, sich nicht gründlich oder nur einseitig informiert. Er hat sich seine Meinung ge"bildet", ohne sich eine zweite einzuholen. Er zitiert staatliche "Qualitätsmedien" wie die HNA, jedoch kommen Experten wie Prof. med.

<sup>26</sup> Die Sars-1-Pandemie fand 2002/2003 statt

<sup>27</sup> Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, Mi, 22. April 2020, S.7

<sup>28</sup> An die Redaktion der „Roten Fahne“ adressiert, als BCC auch an uns. Nach unserer Kenntnis bisher unveröffentlicht.

Sucharit Bhakdi, Dr. Wodarg, Ernst Wolf, Dr. Bodo Schiffmann oder Dr. med. Claus Köhnlein nicht zu Wort.

Was passiert aber nun gerade in Deutschland (und auch dem Rest der Welt)? Das deutsche (und internationale) Kapital steckt in einer schweren die Finanz-Überproduktions- und Absatzkrise. Die Pandemie ist jedoch nicht der Auslöser dieser Krise. Diese begann zum ersten Mal 1998, zum zweiten Mal 2008 und heute versuchen die Kapitalplattformen sich in eine gute Position zu bringen, um den Finanzcrash und die -krise gut zu überstehen. Es ist also die größte Umstrukturierung von unten nach oben seit Jahren im Gange. Dieses Mal trifft es das Kleinbürgertum bzw. den Mittelstand, welcher als Konkurrenz grundlegend beseitigt werden soll.

In unserer Rede auf der Kasseler Mai-Kundgebung haben wir folgende sechs Punkte heraus gearbeitet, die das deutsche Kapital unter dem Deckmantel der sog. Corona Krise umsetzt. Diese geben wir nun hier abstrahiert wieder:

1. Kapitalkonzentration durch Ruinierung von kleinerer Konkurrenz
2. Abbau von Bürgerrechten (Versammlungs- und Reisefreiheit) sowie legalisierte totale Überwachung per Handy
3. Umbau der Sozialversicherung der Arbeiter zur Versicherung des unternehmerischen Risiko des Kapitalisten sowie Abbau von Überstunden statt deren Vergütung
4. Abbau bzw. digitale Umstrukturierung von kostenintensiven gesellschaftlichen öffentlichen Reproduktionseinrichtungen (Kita, Schule, Universität, Krankenhäusern, Bürgerämtern, Sporteinrichtungen u.a.)
5. Bargeldabschaffung
6. Testlauf der Bevölkerung als hörige Untertanen/Befehlsempfänger im Kriegsfall

Wir hoffen, dass dies den Genossen die Augen (sowie Mund und Nase) öffnet und sich die Genossen vor Ort lokalen Widerstandsbewegungen anschließen.

Rotfront, Uwe und Miclas

## **Michael Kubi: Kommentar zum Leserbrief von Miclas und Uwe<sup>29</sup>**

Liebe Genossen, ich möchte nur mal einiges zu dem Leserbrief von Miclas und Uwe kommentieren (ich war bei den Mails ins BCC gesetzt worden).

Der Leitartikel von Frank in „Die Rote Fahne“, Mai 2020 gibt die – sehr guten und richtigen – Positionen der Kommunistischen Organisation KO wieder. Der Leserbrief von Miclas und Uwe bemängelt, dass Frank (und damit die KO?) die Interessen des Großkapitals nachplappere und das Thema bei „Pandemie im Kapitalismus“ verfehlt wurde und eine marxistische Analyse fehle.

Leider konkretisiert der Leserbrief nicht, wo genau sich der Artikel irrt und es stellt sich mir die Frage, ob die Genossen die Positionen der KO überhaupt kennen? Außerdem scheinen sie überlesen zu haben, dass die Folgen und die Konsequenzen für die Arbeiterklasse in der nächsten Ausgabe von DRF veröffentlicht werden.

Der Leserbrief suggeriert, dass Frank (bzw. die KO) eine unmarxistische Analyse liefern. Ich kenne Franks Positionen nicht zu 100%, diejenigen der KO jedoch sehr gut, da ich auch in regem Austausch mit Ihnen zu der Covid-19/SARS-COV2-Pandemie stand und ihre Beiträge verfolgt habe. Sie können hier gelesen werden: <https://kommunistische.org/category/corona/> Außerdem hat die KO mehrere Podcasts zum Thema erstellt: <https://www.youtube.com/channel/UCqP95FFUjkOKrOHlnotNTrA>

Ich kann bei bestem Willen keine unmarxistische Position erkennen.

Der Leserbrief bemängelt, dass der Leitartikel nicht andere „Experten“ zu Wort kommen lasse, namentlich Prof. med. Sucharit Bhakdi, Dr. Wodarg, Ernst Wolf, Dr. Bodo Schiffmann oder Dr. med. Claus Köhlein. Nun habe ich mich – alleine schon aus naturwissenschaftlichem Interesse – mit diesen „Experten“ auseinandergesetzt (übrigens: nach welchen Kriterien gelten diese Leute als Experten?). Die naturwissenschaftlichen Hintergründe und die Meinung der meisten im Leserbrief erwähnten Experten habe ich in zwei Artikeln überprüft und können hier gelesen werden: <https://internet->

<sup>29</sup> Per Mail an die Redaktion der „Roten Fahne“ und an uns.

evoluzzer.de/die-evolution-des-corona-virus/ und <https://internet-evoluzzer.de/corona-diktatur-harmloser-als-eine-grippe/>

Mein Ergebnis als Nicht-Experte: die Argumente der selbsternannten Experten taugen nichts.

Viele verkennen leider, dass man zu jedem Unsinn einen halbwegs namhaften Experten finden kann, der ihn vertritt. Offensichtlich reicht schon die Benennung eines Dr.-Titels oder die Aussage „ich bin Arzt“ um das faktenresistente Zeug, das danach kommt, auszublenden – ein Prinzip, das natürlich für alle Seiten gelten soll; mir fällt bei Diskussionen jedoch auf, dass die Corona-Kritiker sehr gerne als Experten dargestellt werden, während alle anderen alles Lügner sein müssen. Solche Scheinargumente kommen auch aus der Ecke der Kreationisten, Esoteriker usw. Man hört nur dem Kritiker zu, hinterfragt aber den Kritiker ebenso nicht, denn es zählt nur eine Gegenposition, nicht die genannten Argumente.

Politisch sind jene Experten, die genannt werden, auch keine Verfechter der Arbeiterklasse, also keine, denen man wenigstens zuhören sollte, weil Sie die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Ein Wolfgang Wodarg, der als Freiheitskämpfer verteidigt wird, ist derselbe Wodarg, der im Jahr 2003 alle Schröderschen Gesetze zur Zertrümmerung des Sozialstaats unterstützte. Auch im Abmagerungs- und Privatisierungsprozess des Gesundheitswesens war er ein willfähriger Ja-Sager, 1998 stimmte er für die imperialistische Intervention im Kosovo. Aber für diese Freiheitsrechte des Kapitals wird er von den Kritikern nicht mehr ermahnt.

Bodo Schiffmann ist Mitbegründer der Partei Widerstand2020, die ein absolut neoliberales und arbeiterfeindliches Weltbild vertritt (und damit eher die gleiche Position zum Lockdown vertritt wie Palmer und Schäuble – oder der Bundesverband der Deutschen Industrie, der die Lockerungen der Bundesregierung auf seinem Twitteraccount mit dem Hashtag #readyforrestart feierte).

Und Claus Köhnlein ist der „Mediziner“, der glaubt die Krankheit AIDS entstehe nicht durch das HIV, sondern schlechte Luft, Drogen oder Stress, also einer, dem ich in allen medizinischen Fragen grundsätzlich misstrauen würde.

Auf solche Experten kann ich getrost verzichten.

Die sechs Punkte, die aufgeführt werden, sind jedoch interessanter, teilweise auch richtig. Frank wird sicherlich zu den ökonomischen Fragen mehr sagen können. Nichtsdestotrotz einige Kommentare von mir:

*1. Kapitalkonzentration durch Ruinierung von kleinerer Konkurrenz.*

*Kommentar:* Das wird sicherlich durch die Wirtschaftskrise verstärkt und die Corona-Pandemie dafür als „Begründung“ seitens des Kapitals genommen. Zum anderen ist das aber ein alltäglicher Prozess im Kapitalismus.

*2. Abbau von Bürgerrechten (Versammlungs- und Reisefreiheit) sowie legalisierte totale Überwachung per Handy*

*Kommentar:* was die Überwachung per Handy angeht: das werden wir schon, wenn wir das Handy anschalten. Alle Internetkonzerne spionieren unsere Daten aus, die NSA und andere Geheimdienste sowieso. Warum sollte das heute ein verschärfteres Problem sein? Weil eine noch nicht entwickelte App zur Ansprache kam, die wahrscheinlich zu Tode diskutiert wird, bevor sie funktioniert? Die Frage die sich stellt: Warum protestieren Teile der neoliberalen „Kritiker“ (a la Kenfm und sog. Hygiene-Demos) ausgerechnet jetzt gegen eine nicht existente App, gingen aber nicht zielgerecht gegen die Überwachung durch Konzerne und Geheimdienste auf die Straße?

Was den Abbau der Bürgerrechte angeht: Grundsätzlich: Die Kritiker der Corona-Maßnahmen, allen voran auf den „Hygiene-Demos“, geben sich als Verteidiger des Grundgesetzes aus. Unabhängig davon, dass es mir sehr grotesk vorkommt, sich über ein Versammlungsverbot zu beschweren und sich dann zu versammeln, sollte klar sein, dass das Grundgesetz den kapitalistischen Staat und die kapitalistische Wirtschaft sichern soll. Es ist daher sehr unwahrscheinlich, dass die herrschende Klasse ihr eigenes Grundgesetz abschaffen will. Tatsächlich – aus rein bürgerlichem Standpunkt – werden Grundrechte gegeneinander abgewogen: Recht auf Gesundheit versus Recht auf Versammlungen. Und diese sind ja offenbar nicht verboten, nur mit entsprechenden Pandemieregeln. Zweifelsohne ist da auch dem kapitalistischen Staat nicht zu vertrauen und es muss sichergestellt werden, dass Grundrechte (insbesondere die für die Arbeiterklasse wichtigen Grundrechte auf Arbeit, Lohnfortzahlung, gesundheitliche Versorgung,

Bildung etc.) nicht der neoliberalen Privatisierung zum Opfer fallen. Aber für diese Grundrechte (die ja teilweise noch mal im Grundgesetz richtig verankert sind!) stehen die Hygiene-Demonstranten nicht ein und der deutsche Staat, die deutsche Bourgeoisie treten ja für weitere Lockerungsmaßnahmen ein, wie der Artikel der KO gut darstellt. <https://kommunistische.org/stellungnahmen/was-bedeutendie-neuen-lockerungen-fuer-uns-schaeublesgedanken-sind-die-gedanken-der-herrschenden/>

Also gegen welche Grundrechte wird konkret verstoßen? Gegen die Ausgangsbeschränkungen, die im Vergleich zu Frankreich, Italien, Spanien (von China gar nicht zu reden) milde bis zur Nichtwahrnehmbarkeit waren und von den Gerichten umgehend korrigiert wurden, wo sie zu weit gingen? (siehe: <https://www.volksverpetzer.de/analyse/massnahmc corona/?fbclid=IwAR0ZF2xBrisvnrU8T2ABTvw93FVJiqX0UxzplyM0exLKKZezU4REPXbXZIA>) Dagegen, dass in einem Land mit akzeptierten Helm- und Gurtpflicht zur eigenen Sicherheit vorübergehend und an manchen Orten eine Maske zum Schutz anderer getragen werden soll, die ungefähr so beeinträchtigt wie ein Schal im Winter? Dass man sich die Hände waschen soll? Oder dass eine Impfpflicht eingeführt wird, die gar keine ist, für einen Impfstoff, den man gar nicht entwickelt hat (und den wir spätestens gestern alle hätten haben müssen? – unabhängig von der berechtigten Kritik an dem Kapitalisten Bill Gates, das meiste, was über ihn bezüglich Impfungen und Impfungen allgemein erzählt wird, ist so wissenschaftlich wie der Schöpfungsbericht der Genesis)

Die Frage sei auch erlaubt: wie sehen es denn die Anhänger der Hygiene-Demos mit dem KPD-Verbot? Heute war ein Genosse aus Frankfurt bei der Gegendemonstration zu den Hygiene-Demos. Er wurde von einer Hygiene-Demo-Teilnehmerin auf seine KPD-Fahne negativ angesprochen und ihm wurde entgegnet, dass man ja mit der Merkel den Kommunismus schon habe. Wahrscheinlich würden so einige der Verteidiger der neoliberalen „Grundrechte“ gerade uns diese als erstes wegnehmen!

*3. Umbau der Sozialversicherung der Arbeiter zur Versicherung des unternehmerischen Risiko des Kapitalisten sowie Abbau von Überstunden statt deren Vergütung*

*4. Abbau bzw. digitale Umstrukturierung von kostenintensiven gesellschaftlichen öffentlichen Reproduktionseinrichtungen (Kita, Schule, Universität, Krankenhäusern, Bürgerämtern, Sporteinrichtungen u.a.)*

*Kommentar:* hier besteht eigentlich völliger Konsens. Der Staat hat die Aufgabe, die Interessen der Eigentümer an den Produktionsmitteln zu sichern. Der Staat ist somit die Maschinerie der Ausbeuter zur Unterdrückung der Ausgebeuteten. Von diesem Standpunkt aus zeigt sich sehr deutlich, dass die Eigentümer ein klares Interesse daran haben, den Lockdown schnellstmöglich wieder aufzuheben, um die Produktion wieder anzukurbeln. Der bürgerliche Staat versucht, Schadensbegrenzungen zu betreiben, indem er über Wirtschaftsprogramme und Subventionen versucht, das Vermögen der Besitzenden zu schützen. Corona soll zu Lasten der Arbeiterklasse über neue Steuern abgewälzt werden. Doch genau diese Rechte der Arbeiterklasse werden von den neoliberalen „Freiheits-Fanatikern“ der Hygiene-Demos weitestgehend ignoriert, ebenso wie von der herrschenden Klasse.

*5. Bargeldabschaffung*

*6. Testlauf der Bevölkerung als hörige Untertanen/Befehlsempfänger im Kriegsfall*

*Kommentar:* bei der Bargeldabschaffung bin ich mir weitgehend unsicher, bezüglich der Thematik. Ich persönlich sehe für mich weder Vor- noch Nachteile, insbesondere wenn man Geld weder in bar noch in nicht bar hat. Aber grundsätzlich ist die Abschaffung des Bargeldes ja etwas, was von der deutschen Bourgeoisie diskutiert wird, dessen Einführung wohl aber nicht so einfach ist, sonst würde man nicht Jahrzehnte darüber diskutieren und es nicht einfach durchführen.

Bezüglich der Hörigkeit der Untertanen: das geschieht im Kapitalismus tagtäglich. Diese Hörigkeit sah ich besonders, als wieder die Geschäfte öffneten und das Volk dem Kapital durch den Kauf von Waren, die man nicht brauchte die Profite wieder sicherte. Solch ein höriges Volk hat das Kapital also schon, braucht also keine Corona-Maßnahmen, um dieses zu testen.

Der Leserbrief schließt damit ab, dass sich die Genossen lokalen Widerstandgruppen anschließen. Die Frage bleibt offen, welche lokalen Widerstandgruppen gemeint sind. Wenn damit die „Grundgesetzverteidiger“,

„Widerstand2020“ oder die „Hygiene-Demos“ gemeint sind, so rate ich davon ab. Das ist kein Widerstand, das ist ausgemachter Blödsinn. Einiges habe ich ja schon diesbezüglich hier dargelegt. Denn diese „Bewegungen“ dienen der Aufrechterhaltung des Kapitalismus, gepaart mit krudem wissenschaftsfeindlichem und damit antimaterialistischem Gedankengut.

Die Menschen in diesem Land haben eine berechtigte Wut und ein berechtigtes Misstrauen in diese Regierung und in dieses System. Damit diese Wut der Bevölkerung für den Staat nicht zum Problem wird, muss sie in eine entsprechende Richtung kanalisiert werden, die für den Staat kein Problem darstellt. Und genau diesen Zweck erfüllen Widerstand2020 und die Hygienedemos.

Die Regierung will um der Profite willen keine Eindämmung des Virus. Das wollen diese Leute auch nicht, sind nur in ihrer Sprache verbalradikaler, um einen kritischen Anschein zu wecken.

Die Regierung steht für die kapitalistische, neoliberale freiheitliche Grundordnung, wie sie im Grundgesetz verankert wird. Genau dieses Grundgesetz halten sie hoch und zwar eben aus diesem neoliberalen Selbstverständnis.

Statt z. B. den Staat mehr in die Verantwortung des kaputtgesparten Gesundheitsschutzes in Verantwortung zu ziehen, statt zu fordern, dass Gesundheit keine Ware ist und gesellschaftliches Eigentum werden muss, faseln sie von irgendwelchen Freiheiten und weniger staatlichen Eingriffen und sehen in den Schutzmasken ein Maulkorb und neues Hakenkreuz. Der Abbau des Gesundheitssystems und die zunehmende Privatisierung sind genau diese Freiheiten die sie aber fordern. Sie haben dieselben Positionen wie Wortführer des Kapitals wie Boris Palmer und Wolfgang Schäuble, die ein Ende des Lockdowns haben wollen und Menschen zur Not opfern, damit die Wirtschaft wieder laufe.

Sie haben einen blinden Antikommunismus, ziehen eine Linie von Auschwitz zur Berliner Mauer, setzen Kommunismus und Faschismus gleich. Das spielt den Herrschenden in die Hände, denn so formiert sich die Protestbewegung in keine bedrohliche Richtung, die die soziale Frage und die Eigentumsfrage stellt. Damit kanalisierst die Bewegung in die gewünschte Richtung: die

Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung. Daher sind sie auch keine Gefahr für den Staat.

Man kann natürlich versuchen solche Bewegungen zu unterwandern und sie in die gewünschte Richtung zu lenken. Doch dafür ist die kommunistische Bewegung viel zu schwach. Sicherlich ist es aber nicht falsch, mit Leuten, die berechtigte Ängste haben, in Diskussion zu treten, aber mit der richtigen Analyse und den richtigen Argumenten und nicht dem Nachplappern von neoliberalen Pseudokritikern.

Natürlich muss man sich auch in Zeiten von Corona organisieren – halte aber von dem Nachlaufen oder „Unterwandern“ von ziemlich suspekten Demos nichts. Tatsache bleibt, dass dem Kapital die Gesundheit des Menschen nicht zählt, sondern nur der Profit. Jetzt kommt es darauf an, die verschiedenen Teile der Arbeiterklasse unter gemeinsamen und klassenkämpferischen Forderungen zusammenzubringen. Es muss verhindert werden, dass die Kapitalistenklasse ihre Interessen in der Pandemie-Krise auf Kosten der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung durchsetzt. Hier spielt auch die Solidarität der Massen mit- und untereinander eine Rolle. Dies gilt von Nachbarschaftshilfe und anderer praktischer Solidarität, über Aufklärung und Information hin zu den Arbeiten in der Gewerkschaft (gerade in Zeiten wie diesen, wo die Gewerkschaftsführung sich zurückzieht, müssen Alltagserfahrungen über Homeoffice, Kurzarbeit etc. gesammelt werden und die Arbeiterklasse organisiert werden) und klaren politischen Forderungen. Auch hier möchte ich nochmal auf die Positionen der KO verweisen und ihre 16 Punkten, wofür man jetzt kämpfen muss: <https://kommunistische.org/stellungnahmen/wofuer-wir-jetzt-kaempfen-muessen/>

## ***Frank Flegel: Pandemie im Kapitalismus, 2. Teil***<sup>30</sup>

### **Folgen für die Arbeiterklasse**

<sup>30</sup> Die Rote Fahne, Ausgabe Juni 2020

Der Staat spannt einen „Rettungsschirm“ nach dem anderen auf – für Großbetriebe, manche Branchen, Fluglinien, den Mittelstand. Was ist mit der Arbeiterklasse?

Die „Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas“ hat am 10. Mai 2020 eine Telekonferenz abgehalten, bei der es u.a. um diese Problematik ging. Die Initiative schreibt: *„Während der Diskussion wurde bestätigt, dass die CoVID-19-Pandemie die enormen Probleme der öffentlichen Gesundheitssysteme in den kapitalistischen Ländern aufdeckt. Diese Probleme werden durch die langanhaltende volksfeindliche Politik der Unterfinanzierung, des Personalmangels und der Degradierung der öffentlichen Gesundheitsinfrastruktur zugunsten der Kommerzialisierung und Privatisierung des Gesundheitswesens verursacht, um die Rentabilität der Monopole zu unterstützen. Die Situation im Gesundheitssektor, die sich zugunsten der kapitalistischen Rentabilität herausgebildet hat, führt einerseits zur Intensivierung der Arbeit von Ärzten/Ärztinnen und Krankenpflegern/-innen, und ist andererseits nicht in der Lage, den gegenwärtigen Anforderungen der Prävention und der Gesundheitsfürsorge für die Bevölkerung substantiell gerecht zu werden, was bestätigt, dass der Kapitalismus das eigentliche „Virus“ ist.*

*Darüber hinaus hat die gegenwärtige Situation die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern und den Monopolen rund um die Patentierung eines neuen Impfstoffs, die Behandlungen und die notwendige medizinische Versorgung aufgezeigt. (...)*

*Es wurde bestätigt, dass es einen allgemeinen Trend zu steigender Arbeitslosigkeit, flexiblen Beschäftigungsformen, neuen arbeitnehmerfeindlichen Maßnahmen und einer Aussetzung der Gewerkschaftsrechte gibt. Es wird deutlich, dass wieder einmal die Arbeiterklasse und andere Volksschichten für die kapitalistische Krise bezahlen werden. Unter diesen Umständen diskutierten die Vertreterinnen und Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der Europäischen Kommunistischen Initiative die Positionen der Parteien und ihre Aktionen zum Schutz der Gesundheit der Menschen und der Arbeitnehmerrechte vor den Sackgassen des Kapitalismus.*

*Die Parteien, die an der Telekonferenz teilnahmen, stellten fest, dass die gegenwärtige Situation die tiefen Sackgassen der kapitalistischen Produktionsweise aufzeigt (Krise, Arbeitslosigkeit, Verarmung der Arbeiterklasse, Kommerzialisierung sozialer Bedürfnisse wie Gesundheit, imperialistische Kriege usw.). Unter diesen Umständen ist die Losung „Sozialismus oder Barbarei“ aktueller denn je.“<sup>31</sup>*

Die Kommunistische Organisation schreibt zum gleichen Thema: „Das Virus kennt keine Klassen – die Pandemie aber kennt sie. Arbeiterinnen und Arbeiter müssen trotz der Pandemie auch in nicht-notwendigen Bereichen weiter arbeiten und sind einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt, sie müssen auf Kurzarbeit ausharren und gerade in prekären Bereichen ist der Job einfach weg. Flüchtlinge stehen in massiv überfüllten Lagern relativ hilflos der Katastrophe gegenüber, die droht, wenn die Infektionskette einmal das Lager erreicht. In vielen Staaten der Welt sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen durch den Imperialismus so zerstört, dass das Virus sich ungehindert ausdehnen kann und Massen ihm zum Opfer fallen werden.“<sup>32</sup>

Genau diese düstere Prognose ist leider sehr wahrscheinlich. Weiter die Kommunistische Organisation: „Besonders in Pflegeheimen ist die Situation gravierend. Eine aktuelle Studie geht davon aus, dass mindestens 40% der Todesfälle des Coronavirus sich in Pflegeheimen ereignen. ... Auch Obdachlose sind eine besonders gefährdete Gruppe. Der Staat kommt seit jeher nicht seiner Aufgabe nach, die Bevölkerung mit flächendeckend günstigem Wohnraum zu versorgen. Nicht einmal in Zeiten der Pandemie unternimmt er Anstrengungen, z.B. die ohnehin stillgelegten Hotels zu Notunterkünften umzubauen, um seine Bevölkerung, zu der nun mal auch Obdachlose zählen, zu schützen. ...

*Aber nicht nur an den Rändern der Gesellschaft sind die Menschen derzeit massiv von der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Krise betroffen. Auch die, die täglich für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft sorgen, stehen jetzt einer verschärften Situation gegenüber. ...<sup>33</sup>*

<sup>31</sup> Übersetzung ins Deutsche: Partei der Arbeit Österreichs, [www.parteiderarbeit.at](http://www.parteiderarbeit.at)

<sup>32</sup> [www.kommunistische.org](http://www.kommunistische.org): Covid 19 – Risiken und Nebenwirkungen für die Arbeiterklasse.

<sup>33</sup> ebenda

## Wie wäre es im Sozialismus?

Der Sozialismus vergesellschaftet die Produktionsmittel und überwindet damit die so widerstreitenden Interessen, die im Kapitalismus durch den vorherrschenden Klassenwiderspruch entstehen, genauso aber auch die unterschiedlichen und eigensüchtigen Interessen der unterschiedlichen Kapitalfraktionen, Branchen usw. und kennt keine zyklischen Krisen.

Wir stellen uns also mit Marx „... einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. ... Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.“<sup>34</sup>

Und Engels: „Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. ... Sie (die Gesellschaft; F.F.) wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten »Werts«.“<sup>35</sup>

Wie würde sich in einer solchen Gesellschaft mit vergesellschafteten Produktionsmitteln und einer Wirtschaft, die nach einem gemeinschaftlichen Plan funktioniert, eine Pandemie wie die aktuelle auswirken?

Zunächst: Wahrscheinlich gäbe es bereits ein Medikament. Im ersten Teil des Artikels (siehe oben) hatte ich Rolf Hilgenfeld, Professor für Biochemie, zitiert, der sagte: „*Wenn die Politik 2004<sup>36</sup> gesagt hätte: Wir investieren eine Milliarde Euro in den Aufbau eines staatlichen Institutes für antivirale Forschung, dann bräuchten wir heute nicht 156 Milliarden Euro in die Hand*

<sup>34</sup> Karl Marx, Das Kapital, Band 1. MEW 23, S. 92f.

<sup>35</sup> Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 288

<sup>36</sup> Die Sars-1-Pandemie fand 2002/2003 statt

*zu nehmen, um die Wirtschaft einigermaßen in Gang zu halten. Wir hatten Zeit genug. ... FRAGE: Aber das geht nur mit staatlicher Forschung? ANTWORT: Ich denke, ja. Das wird ein Privatunternehmen nicht machen können. Das ist kein Profitgeschäft.* <sup>37</sup>

Nehmen wir trotzdem an, dass der Sozialismus auf SARS-1 nicht so weitsichtig reagiert hätte, also nicht davon ausgegangen wäre, dass Corona-Viren immer wieder neue Mutationen hervorbringen, also kein Medikament vorhanden gewesen wäre und somit die gleichen Maßnahmen notwendig geworden wären, wie wir sie heute erleben, wie hätte sich das ausgewirkt?

Durch die Schließung von Läden und Geschäften, die nicht der unmittelbaren Versorgung dienen, durch Schließung aller touristischen Einrichtungen, der Gaststätten, vieler Dienstleistungen und so weiter wäre das notwendige Arbeitsaufkommen der Gesellschaft genauso gesunken, wie wir es heute beobachten.

Es hätte allerdings völlig andere Folgen gegeben, denn in einer Planwirtschaft ist es möglich, gesamtgesellschaftlich auf ein Sinken des notwendigen Arbeitsaufkommens zu reagieren. Das ist ein wesentlicher Unterschied zum privatwirtschaftlichen Agieren im Kapitalismus. Stockt im Kapitalismus der Absatz, ist also weniger Arbeit notwendig, werden Arbeitskräfte entlassen, Betriebe gehen pleite, die Krise verschärft sich. Im Sozialismus kann man ohne große Schäden das gesellschaftliche Arbeitsaufkommen senken. Das mag im Einzelfall zu kleinen Problemen führen, würde aber keineswegs kleine und mittlere Betriebe vor die Frage des Konkurses stellen, weil sie ja staatlich und nicht privatwirtschaftlich organisiert wären, keineswegs massenhafte Arbeitslosigkeit produzieren wie in den USA oder massenhafte Kurzarbeit wie in der BRD. Im Sozialismus wäre es auch kein Problem, wenn weniger Treibstoff, Elektrizität, Automobile etc. gebraucht würden. Es hätte ganz einfach Arbeitszeitverkürzungen gegeben und, wo es möglich gewesen wäre, Umstrukturierungen der Arbeit.

Ebenso würde es nicht zu den heute zu beobachtenden Kämpfen um Lockerungen der Schutzmaßnahmen kommen, weil es keine Privatinteressen gibt im Sozialismus. Die Gesellschaft könnte relativ widerspruchsfrei über die

<sup>37</sup> Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, Mi, 22. April 2020, S.7

am besten geeigneten Maßnahmen zum Schutz vor der Pandemie befinden und diese einheitlich umsetzen. Ganz im Gegensatz zum Kapitalismus, in dem jede Branche um ihre Pfründe kämpft und ihre jeweils eigenen Interessen durchsetzen will, was zu einem nicht unerheblichen Chaos führt.

Die „Corona-Krise“ zeigt in sehr eindrücklicher Weise, was für ein absurdes System der Kapitalismus ist. Was schrieb die Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas? *„Unter diesen Umständen ist die Losung „Sozialismus oder Barbarei“ aktueller denn je.“*

Dem ist nichts hinzuzufügen.

## **Frank Flegel: Krisenzyklen, Corona und der deutsche Imperialismus<sup>38</sup>**

In den vergangenen Wochen sind mehrfach in der Linken und auch unter Kommunisten Auffassungen geäußert worden, wonach Corona nur benutzt werde, um von der Krise des Kapitalismus abzulenken.

Es wird gesagt, dass *„das deutsche (und internationale) Kapital ... in einer schweren Finanz-, Überproduktions- und Absatzkrise (stecke). Die Pandemie ist jedoch nicht der Auslöser dieser Krise. Diese begann zum ersten Mal 1998, zum zweiten Mal 2008 und heute versuchen die Kapitalplattformen sich in eine gute Position zu bringen, um den Finanzcrash und die -krise gut zu überstehen.“* Und woanders war zu lesen: *„Die kapitalistische Wirtschaft trat bereits vor Beginn der Sonderoperation „Pandemie“ in die Krise der Kapitalüberakkumulation ein. ... Die moderne SARS-CoV-2-Pandemie ist als Instrument der imperialistischen Krisenlösung doppelt praktisch, da sie sowohl zur Erzeugung weiterer Spannung in der Öffentlichkeit (Quarantäne wird zur Verdeckung der Wirtschaftsrezession genutzt, wobei Arbeitsausfallzeiten mit Gesundheitsvorsorge gerechtfertigt werden und die dadurch verängstigte Bevölkerung keine wirtschaftskritischen Fragen stellt) als auch zur Lösung der erzeugten Spannung (weltweite Impfkampagnen sowie Aufträge für Industrieprodukte zur medizinischen Versorgung) verwendet werden kann.“*

<sup>38</sup> „Die Rote Fahne“, Juni 2020

Die These lautet kurz zusammengefasst, dass der deutsche Imperialismus sich in einer schweren Krise befinde bzw. zur Zeit des Ausbruchs der Pandemie befunden habe, und die Pandemie nun nutze, um davon abzulenken, wobei man sich über den Charakter der Krise nicht sonderlich einig ist: Da geht es von Finanzcrash und Finanzkrise über Überproduktions- und Absatzkrise bis zu Stagflation und Überakkumulation und, alles zusammenfassend, zur Wirtschaftsrezession.

Ganz allgemein stimmt es selbstverständlich, dass der Kapitalismus – besonders in seiner imperialistischen Phase – eine latente Überakkumulation hervorbringt, so dass freies Kapital auf der Suche nach Anlagesphären um den gesamten Erdball jagt. Auf dieser Jagd aber gelingt es einigen Ländern, die Märkte und Rohstoffvorkommen zu beherrschen, andere Länder abhängig zu machen und auszuplündern, kurz: es wirkt das Gesetz der ungleichen Entwicklung, die so genannte imperialistische Pyramide entsteht und verändert sich immer wieder. Man muss also genau hinschauen, um herauszufinden, wie die Lage in Europa und in Deutschland ist.

Dazu müssen wir das Krisengeschehen in Europa in den vergangenen 12 Jahren betrachten. Welche Krisen gab es und wer war wie stark betroffen? Ein wichtiger Parameter dafür ist die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes. (Das Bruttoinlandsprodukt gibt den Wert aller in einem Zeitraum, hier jährlich, hergestellten Waren und Dienstleistungen eines Landes an.)

### **Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes von 2008 bis 2019 in Mrd. US-Dollar.**

(Quelle: International Monetary Found, statista.com)

<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>Deutschland</b>											
2546	2446	2564	2694	2745	2811	2927	3030	3134	3244	3344	3436
<b>Frankreich</b>											
2930	2697	2647	2865	2685	2812	2857	2439	2472	2592	2780	2707

**Italien**

2400 2191 2129 2279 2074 2131 2155 1833 1870 1951 2076 1989

**Spanien**

1642 1503 1434 1490 1336 1362 1379 1200 1238 1317 1428 1398

**Prognose für 2020<sup>39</sup>**

Deutschland -----<sup>40</sup>

Frankreich 2772

Italien 2014

Spanien 1440

Als Grafik betrachtet, wird deutlich, wie sich die Verhältnisse in Europa verschoben haben.

<sup>39</sup> Prognose 2020 für die Länder Frankreich, Italien, Spanien, erstellt im Oktober 2019, also vor Corona. Quelle: International Monetary Found

<sup>40</sup> Für Deutschland habe ich leider keine Daten zur Prognose für 2020 aus der Zeit vor Corona gefunden.



Um auf den Ausgangspunkt des Artikels zurückzukommen: Es stimmt nicht, dass „das deutsche (und internationale) Kapital ... in einer schweren Finanz-, Überproduktions- und Absatzkrise“ steckt oder „die kapitalistische Wirtschaft ... bereits vor Beginn der Sonderoperation 'Pandemie' in die Krise der Kapitalüberakkumulation“ eingetreten ist.

Stattdessen ist die Situation viel schlimmer. Die Bundesrepublik Deutschland ist so gut wie schadlos durch die vergangenen Krisenzyklen gekommen, es gab in den vergangenen 11 Jahren keinen wirtschaftlichen Rückgang. Die letzte Krise, von der Deutschland betroffen war, liegt 11 Jahre zurück. 2012 und 2015 gab es weltwirtschaftlich und natürlich auch in Europa Krisenzyklen, die Staaten wie Spanien, Italien und Frankreich starke Wirtschaftsrückgänge brachten, während Deutschland von den beiden Krisen unberührt blieb.

Solche Krisen gehen im Kapitalismus mit nicht unwesentlichen Kapitalvernichtungen einher, ganz zu schweigen von der steigenden Arbeitslosigkeit. Weder Spanien noch Italien noch Frankreich haben bisher das wirtschaftliche Niveau vom Zeitpunkt vor der Finanzkrise wieder erreicht. Deutschland dagegen hat dieses Niveau bereits 2010 nicht nur wieder erreicht, sondern bereits übertroffen und in den folgenden Jahren um fast 36% zugelegt. In Deutschland gab es seit 2009 kein einziges Jahr mit einem Wirtschaftsrückgang, stattdessen gab es vollkommen entgegen der Lage in Europa und der Welt stetiges Wachstum. Wie die Grafik veranschaulicht, wurde Frankreich als stärkste Wirtschaftsmacht in Europa 2013 von Deutschland eingeholt und seitdem weit hinter sich gelassen.

Damit ist eine neue Situation nach der Krise 2008/9 in Europa entstanden. Deutschland wälzt die Krisenlasten u.a. auf die europäischen Nachbarländer ab (und natürlich auch auf Länder der Peripherie, aber das ist hier nicht das Thema). Das heißt, dass Europa und zumindest Teile der Weltwirtschaft einen Grad der ökonomischen Integration erreicht haben müssen, in dem die Grenzen der nationalen Zirkulationssphären keine oder eine nur noch sehr geringe Rolle spielen und sich so die stärkste Ökonomie ungebremst durchsetzen, ihre Marktanteile auch in Krisenzeiten verteidigen und andere an den Rand drängen kann, die dann von den pumpenden Bewegungen der zyklischen Entwicklung umso stärker getroffen werden.

Damit ist Deutschland im vergangenen Jahrzehnt zur alleinigen Führungsmacht Europas aufgestiegen und mit Riesenschritten auf dem Weg zu einer auch weltweit führenden imperialistischen Macht. Und selbstverständlich wird an der militärischen Flankierung der ökonomischen Vormachtstellung zielgerecht gearbeitet.

2008 sagte der damalige Finanzminister Deutschlands, Steinbrück: „*Deutschland wird aus der Krise stärker herauskommen, als es hineingegangen ist.*“ Daran hat er im Auftrag des deutschen Imperialismus gearbeitet: Rettungsschirme (um Kapitalvernichtung zu vermeiden), Kurzarbeitergeld (um die Belegschaften in den Betrieben zu halten), damit Deutschland, wenn es „wieder losgeht“, bereit steht. Das sieht man gut an der Grafik: 2009 verzeichnen alle vier betrachteten Staaten Rückgänge der Wirtschaft. 2010 sinkt die Wirtschaftsleistung in Spanien, Italien und Frankreich weiter, Deutschland aber kehrt zum Wachstum zurück.

Aktuell haben diesen Satz „*Deutschland wird aus der Krise stärker herauskommen, als es hineingegangen ist*“ sowohl Merkel als auch Scholz gesagt. Die Maßnahmen, die heute vom kapitalistischen deutschen Staat unternommen werden, sind grundsätzlich eine Blaupause der Maßnahmen von 2009, jedoch auf wesentlich höherem Niveau als damals. Wegen der langen Wachstumsperiode von 10 Jahren und der dadurch wesentlich größeren finanziellen Möglichkeiten des Staates ist dieses höhere Niveau möglich. Viele andere Staaten sind dazu nicht in der Lage.

Das ist die Realität: Deutschland wird in Zukunft in der obersten Liga des Imperialismus mitspielen – was die Kriegsgefahr selbstverständlich vervielfacht.

Diejenigen, die dem deutschen Imperialismus eine akute Krise andichten wollen, verkennen leider diese äußerst gefährliche Entwicklung.

## ***Sebastian Rostock, Nadezhda Syrkina: Marxistische Sicht auf die Corona-Panik***<sup>41</sup>

Die mit Hilfe der bürgerlichen Massenmedien verbreitete Darstellung der heutigen SARS-CoV-2-Pandemie ist realitätsfern und in sich sehr widersprüchlich. Die bürgerlichen Massenmedien verwenden unwissenschaftliche Kriterien zur Erstellung der mit dieser Erkrankung verbundenen Statistik, auf deren Grundlage sie dann die Gefährlichkeit der Krankheit deutlich überschätzen.

<sup>41</sup> Die Rote Fahne, Juli 2020

Die offizielle Statistik, bspw. des RKI, zählt einen Verstorbenen als Corona-Toten, wenn bei diesem das Virus nachgewiesen wurde, unabhängig von der Rolle, die der Virus bei Erkrankung und Tod gespielt hatte, was dem korrekten wissenschaftlich-medizinischen Vorgehen widerspricht und damit rechnerisch die Letalität deutlich vergrößert. Bei korrekter Betrachtung nach wissenschaftlich begründeten Leitlinien stirbt bspw. ein im letzten Krebsstadium befindlicher Patient, für welchen eine beliebige Infektion, auch eine gewöhnliche Erkältung, die nur als ein den Zustand verschlechternder Faktor angesehen wird, letztendlich an Krebs. Bei der neuen falschen Klassifikation zählt er als Corona-Toter, wenn er mit dem Virus infiziert war (<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/faktenfuchs-sowerden-corona-todesfaelle-gezaehlt>).

Des weiteren wurden keine stichprobenartigen wissenschaftlichen Untersuchungen der gesunden Allgemeinbevölkerung vor der Einführung der sogenannten Alltagsbeschränkungen erstellt, um die Realausbreitung des Virus zu validieren. So eine Studie wurde erst vor kurzem (und nicht im Auftrag der Regierung) durch Wissenschaftler der Universität Bonn in der Gemeinde Gangelt in der BRD durchgeführt. Die vorläufigen Ergebnissen dieser Studie lassen die Letalität (Verhältnis der Todesfälle zur Anzahl der Erkrankten) von anfänglich an der Johns-Hopkins University für die BRD ermittelten 1,98 Prozent auf 0,37 Prozent herabsenken ([https://www.land.nrw/sites/default/files/asset/document/zwischenenergebnis\\_covid19\\_case\\_study\\_gangelt\\_0.pdf](https://www.land.nrw/sites/default/files/asset/document/zwischenenergebnis_covid19_case_study_gangelt_0.pdf)).

Die weitreichenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens werden auch durch Prof. em. Dr. med. Sucharit Bhakdi hinterfragt, einem Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie, dem ehemaligen Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Johannes-Gutenberg-Universität. Dr. Bhakdi schrieb bereits am 26 März 2020 einen „Offenen Brief an die Bundeskanzlerin“, in welchem er u.a. Fragen zur Statistik und Gefährlichkeit stellte (<https://swprs.files.wordpress.com/2020/03/sucharit-bhakdi-lettermerkel.pdf>).

Die Widerlegung der Gefahr der politisch und medial angetriebenen SARS-CoV-2-Pandemie erfolgt auch durch amerikanische Wissenschaftler. Der Bekannte amerikanischer Epidemiologe, Statistiker und Spezialist für

evidenzbasierte Medizin, Professor J. Ioannidis (Stanford University), führte eine Studie durch, die gezeigt hatte, dass die tatsächliche Letalität von SARS-CoV-2 um den Faktor 50 bis 85 niedriger ist, als bisher angenommen und vergleichbar zur Letalität der saisonalen Influenza (Grippe) ist (<https://www.medrxiv.org/content/10.1101/2020.04.14.20062463v1>)

Wie man sieht, haben strenge restriktive Maßnahmen keine solide wissenschaftliche oder medizinische Grundlage. Insbesondere in Anbetracht des viel gefährlicheren ersten SARS-Ausbruchs 2003 mit einer Letalität von 11 Prozent (gegenüber der heutigen mit anfänglich 1,98 Prozent geschätzten und jetzt 0,37 Prozent ermittelten Letalität), bei welcher keine derartigen Einschränkungen der Bürgerrechte erzwungen wurden (<https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/S/SARS/Klinik.html>).

Selbst in der vom BMI beauftragten Analyse des Krisenmanagements zur „Coronakrise 2020 aus Sicht des Schutzes Kritischer Infrastrukturen“ steht: „Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, dass es sich – bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft – um mehr als um einen Fehlalarm handelt. Durch den neuen Virus bestand vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung [...]. Es sterben an Corona im Wesentlichen die Menschen, die statistisch dieses Jahr sterben, weil sie am Ende ihres Lebens angekommen sind und ihr geschwächter Körper sich beliebiger zufälliger Alltagsbelastungen nicht mehr erwehren kann (darunter der etwa 150 derzeit im Umlauf befindlichen Viren).“ (<https://www.ichbinanderermeinung.de/Dokument93.pdf>).

Es ist unwahrscheinlich, dass die der Politik nahe stehenden Ärzte ihre medizinischen Kenntnisse auf einmal vergessen haben sollen – die Kenntnisse, die jeder Arzt bei seiner Ausbildung erlernen muss. Diese Kenntnisse öffentlich zu verteidigen, sich damit der Politik in die Quere zu stellen und die damit verbundenen Risiken einzugehen wagen nun aber immer mehr Wissenschaftler und Ärzte, darunter auch einige weltberühmte Mikrobiologen. Man muss dabei kein „Verschwörungstheoretiker“ sein, um besondere materielle Interessen der Kapitalbesitzer hinter den Handlungen politiknahen Ärzten und Beamten zu vermuten – man muss ein Materialist sein, was jeder echte Marxist sein muss.

Der abstempelnde Begriff „Verschwörungstheorie“ kommt aus dem bürgerlichen politischen Lexikon. Eine Verschwörungstheorie verbindet dort eine schwer erkennbare, unbequeme, objektive Wahrheit mit einer leicht erkennbaren, irrelevanten, subjektiven Unwahrheit mit dem Ziel, diese objektive Wahrheit in der subjektiven Wahrnehmung ebenfalls als unwahr bzw. irrelevant darzustellen. Ein Beispiel dazu ist „Die Kommunisten meinen, dass der Staat nicht dem ganzen Volk dient, sondern nur das Machtinstrument einer größenwahnsinnigen Elite sei“. Das aus der Warenwirtschaft folgende marxistische Wertgesetz erklärt die Notwendigkeit des stetigen Kapitalwachstums und damit den zwangsläufigen Übergang von Märkten mit freier Konkurrenz zu Märkten unter Monopolherrschaft (Imperialismus). Eine „größenwahnsinnige Elite“ gibt es daher nicht, sondern nur eine nach objektiven ökonomischen Zwängen agierende Gruppe von Unternehmensbesitzern (Finanzkapital), die den Staat als ihr Instrument der Klassenherrschaft einsetzen. Ein weiteres Beispiel ist „Bill Gates hat das Coronavirus erschaffen, um die Welt zu regieren und die Menschheit durch Zwangsimpfungen zu kontrollieren“. Im März 2015 hat Gates in einer Präsentation bei TED seine Erschließung des Pandemie-Marktes vorgestellt. Dort schlug er u.a. Investitionen in die Planung von Szenarien, die Erforschung von Impfstoffen sowie die Ausbildung von Fachkräften im Gesundheitswesen vor und forderte eine Bereitschaft zur Pandemie-Bekämpfung, die er mit einer militärischen Bereitschaft verglich hat. [https://www.ted.com/talks/bill\\_gates\\_the\\_next\\_outbreak\\_we\\_re\\_not\\_ready](https://www.ted.com/talks/bill_gates_the_next_outbreak_we_re_not_ready)

Dass Gates zu den Profiteuren der „neuartigen Pandemie“ gehört, ist eine Tatsache, die auch das hinterfragende Volk erkennt. In bürgerlicher Tradition werden aber die aus dem Kapital folgende Interessen gern so dargestellt, als würden diese aus den Charaktereigenschaften einzelner Kapitalbesitzer herrühren. Den Weltherrschaftsanspruch stellt aber das Finanzkapital, das sich auf natürliche Weise aus der Warenwirtschaft entwickelt hat, völlig unabhängig von den Charaktereigenschaften der Kapitalbesitzer. Was den Ursprung des Virus angeht, kann man nur sagen, dass genetische Manipulationen an beliebigen Organismen seit langem vielseitig angewandt werden und dass der Ursprung des Virus irrelevant für dessen Instrumentalisierung ist. Diese Tatsache ist aber kein Grund, die am Ursprung des Virus Interessierten abzustempeln, sondern einer dafür, diesen Interessierten den Bezug zum Kapital zu zeigen.

Wer mit dem kritischen Denken beginnt, wird sehr schnell in die von den Bürgerlichen gestellten Fallen treten und als „Verschwörungstheoretiker“ abgestempelt. Das Ziel der Bürgerlichen ist hier die Verhinderung von Nachforschungen, die zur Offenlegung der objektiven Klasseninteressen führen würden. Deswegen dürfen diejenigen, die gern Marxisten sein möchten, nicht beim Abstempeln mitmachen.

Der Historische Materialismus beweist, dass Gedanken und Handlungen eines Menschen in seiner materiellen Lage verwurzelt sind. Wer glaubt, dass das die Kapitalisten und ihre Vertreter in der Politik durch Emotionen getrieben sind und sich durch die Angst vor einer mittelmäßigen Erkrankung zur Schließung ganzer Wirtschaftszweige zwingen lassen, sei an folgendes erinnert: „Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen.“ ([http://www.mlwerke.de/le/le19/le19\\_003.htm](http://www.mlwerke.de/le/le19/le19_003.htm), W.I. Lenin, LW Bd. 19, S. 8) Die Lage der Weltwirtschaft ist zur Zeit als Rezession (zyklische Krise der kapitalistischen Produktionsweise) zu bezeichnen. Eine Warnung vor der nächsten Rezession war bereits Ende 2018 in der „Wirtschaftswoche“ zu lesen (<https://www.wiwo.de/finanzen/geldanlage/stelter-strategisch-2019-drohen-rezession-deflation-fallendeboersen-und-steigende-goldpreise/23773168-2.html>).

Der „Tagesspiegel“ schrieb im August 2019 ebenfalls über eine angehende Rezession (<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/bruttosozialprodukt-sinkt-deutschland-rutscht-in-die-rezession/24905094.html>).

Im September 2019 musste das Institut für Wirtschaftsforschung Kiel eines der schwächsten Jahre seit der Finanzkrise feststellen (<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2019/ifwkonjunkturprognose-deutschland-an-der-schwelle-zur-rezession>).

Diese Rezession sieht wie eine sogenannte Konjunkturkrise aus, die vom Hauptimperialisten (USA) ausgehend alle Satelliten-Imperialisten (bspw. BRD, Frankreich, Großbritannien) sowie die von diesen halb-/abhängige Länder betrifft, worüber im Oktober 2019 im „Businessinsider“ berichtet wurde: „Alles zusammen bilde einen gefährlichen Mix an Hinweisen, dass die

US-Konjunktur in eine Rezession abrutschen könnte – und damit auch die Weltwirtschaft nach unten ziehen würde“ (<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/weltweite-rezession-oekonom-rechnet-mit-einsatz-von-helikoptergeld2019-10>).

Solche Prognosen dienen Unternehmern sowie deren Interessen vertretenden Staaten, um entsprechende Gegen- bzw. Regulierungsmaßnahmen zu planen. Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen wurde dazu im November 2019 im „Handelsblatt“ angedeutet: „Deutschland steckt Experten zufolge nun in einer Rezession. Und schon seit einem Jahr stagniert die Wirtschaft. Die Bundesrepublik braucht ein neues Geschäftsmodell“ (<https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/konjunktur-deutschland-inder-rezession-so-gefaehrlich-wird-der-abschwung/25167654.html>).

Ein neues Geschäftsmodell kann aber nur dann ohne Krisen ablaufen, wenn es eine sozialistische Planwirtschaft beinhaltet, welche auf die Warenproduktion zugunsten der Gebrauchswertproduktion verzichtet, was mit dem Kapitalismus nicht vereinbar wäre. Neue marktwirtschaftliche Geschäftsmodelle können damit nur solche Verwaltungsmaßnahmen bringen, die alle Krisenerscheinungen auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten verlagern, v.a. in den von den Imperialisten halb-/abhängigen Ländern (in der EU bspw. Griechenland, Spanien, Rumänien, Litauen).

Damit die von den Regulierungsmaßnahmen der Imperialisten benachteiligten Menschen, insbesondere die Lohnabhängigen, weniger Widerstand leisten und keinesfalls über Alternativen zum Kapitalismus nachdenken, muss für die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen ein Vorwand gefunden werden, dem zumindest eine Teilschuld am Geschehen zugeschrieben werden kann. Zudem muss ein Vorwand gefunden werden, um die zur Milderung der Krisenerscheinungen in den imperialistischen Ländern durchgeführte weltweite Marktumverteilung und verstärkte Ausplünderung halb-/abhängiger Länder zu rechtfertigen. Zu solchen Vorwänden zählten bspw. die militärischen „Demokratisierungen“ der nahöstlichen oder afrikanischen, angeblich autoritär regierten halb-/abhängigen Länder.

Passenderweise gab es Ende November 2019 den zweiten SARS-Ausbruch in China, der sich ungeachtet seiner deutlich geringeren Gefährlichkeit im

Vergleich zum ersten Ausbruch 2003 als äußerst nützlich für das imperialistische Krisenmanagement erwiesen hat. Die Zulassung der weltweiten Ausbreitung des SARS-CoV-2 durch Unterlassung einer frühzeitigen Quarantäne ermöglichte weltweite Maßnahmen zur Bekämpfung der bedrohlich dargestellten Infektion. Mit diesen können ganze Wirtschaftsbereiche weltweit stillgelegt werden, insbesondere in den von den Imperialisten halb-/abhängigen Ländern, die dann auf die Kredite dieser Imperialisten angewiesen sind.

Die eingeführten Einschränkungen für das öffentliche Leben und die Wirtschaft vertuschen zudem die Rezessionserscheinungen. Zur Durchführung solcher Maßnahmen benutzen die Kapitalisten ihren kapitalistischen Staat als Verwaltungsinstrument sowie überstaatliche Organisationen, wie die WHO.

Die Kapitalistenklasse an sich ist aber nicht einheitlich – unterschiedliche Gruppen befinden sich in Konkurrenz zueinander, weshalb auch das parlamentarische Mehrparteiensystem die dem Kapitalismus adäquate Regierungsform darstellt. Die Corona-Panik, die in keiner Weise der relativ geringen Gefährlichkeit des Virus gerecht wird, wurde somit höchstwahrscheinlich als Instrument zur Wirtschaftskrisenbewältigung und der damit verbundenen Bereicherung bestimmter Gruppen des Finanzkapitals (Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital) mithilfe eigener Medien und Politiker verbreitet und angetrieben, obwohl dies nach der erfolgreichen Eindämmung in China aus wissenschaftlich-medizinischer Sicht nicht notwendig war. Die wachsende Kritik an dieser Vorgehensweise seitens der Wissenschaft bestätigt diese Annahme.

An einer Förderung neuer wissenschaftlicher Studien sind auch die zu den Corona-Profiteuren konkurrierenden Gruppen des Finanzkapitals interessiert, die unter diesen Corona-Maßnahmen ihre Profite nicht steigern können oder sogar Verluste erleiden müssen. In diesem Fall werden diese Konkurrenten der Panikprofiteure zu progressiven Handlungen gezwungen, wie bspw. der Finanzierung der Studien nach streng wissenschaftlichen Regeln sowie der medialen Berichterstattung, welche die Unrechtmäßigkeit der Handlungen der Initiatoren der Corona-Maßnahmen aufdeckt. Diese progressiven Handlungen erstrecken sich jedoch nicht auf die Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Angestellten. Deshalb müssen Arbeiter und Angestellte über die

Zusammenhänge der Weltwirtschaftskrise mit dieser medial-politischen aufgeblasenen Pandemie aufgeklärt werden, damit sie die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen nicht fälschlicherweise einem Virus als Naturgewalt, sondern dem Kapitalismus zuschreiben und sich damit aktiv verteidigen können.

Leider haben weltweit auch viele (zum Glück nicht alle) Mitglieder unterschiedlicher kommunistischer Organisationen die mit dieser Pandemie verbundenen weitreichenden Grundrechtseinschränkungen unkritisch hingenommen, anstatt die Bevölkerung darüber aufzuklären. Die Angst (in diesem Fall vor einer medial und politisch als sehr gefährlich dargestellten Infektion) verringert jedoch die Kritikfähigkeit der Menschen und führt zu einer noch größeren Passivität bei der Durchsetzung ihrer Arbeits- und Bürgerrechte, da angesichts des Todes Dinge wie Kurzarbeit, Versammlungsverbote u.v.a.m. unwichtig erscheinen. Die Kommunisten, die die heutigen Einschränkungen des Alltagslebens, wenn auch stillschweigend, unterstützen, verschenken die Chance, die unter diesen Regierungsmaßnahmen leidenden Arbeiter und Angestellten aufzuklären und deren Vertrauen zu gewinnen, an bürgerliche Initiativen wie „Widerstand 2020“, deren Aktivitäten sich verständlicherweise nur im Rahmen des bürgerlichen Weltbildes entfalten.

## ***Redaktion offen-siv: Begründung der Ablehnung des Artikels von Nadezhda und Sebastian***

Lieber Sebastian,

die offen-siv wird den Artikel nicht bringen, weil er in der Grundlage falsch ist.

Ihr schreibt dort: "Die Behauptung, dass die sogenannte Pandemie der Auslöser bzw. ein bloßer Verstärker der Weltwirtschaftskrise sei, ist falsch, da dies mit der materialistischen Weltanschauung im Konflikt steht. In Wirklichkeit treibt die Überakkumulation des Kapitals die Kapitalisten stets zu einer erneuten Marktaufteilung, welche sie mit den unterschiedlichsten Vorwänden begründen – diesmal eben mit einer Pandemie."

Sieh Dir mal die Wirtschaftsdaten der BRD, Frankreichs, Spaniens, Italiens und Griechenlands für die vergangenen 10 Jahre an. (Die findest Du im Internet: Brutto-Inlandsprodukt.) Da wirst Du sehen, dass es nach der Krise 2008/9 zwei tiefe Krisen gab, 2012 und 2015, die die genannten europäischen Länder betrafen, nicht aber Deutschland. Der deutsche Imperialismus hat offensichtlich eine solche ökonomische Macht auf den internationalen Märkten und vor allem innerhalb Europas, dass er in der Lage ist, die zyklische Krise andere, schwächere Länder ausbaden zu lassen, selbst als Marktführer des so gerühmten "gemeinsamen Marktes" aber ungeschoren davonkommen zu können.

Das zu Europa. Aber der Artikel spricht sogar von einer Weltwirtschaftskrise. Da wären einige Daten als Belege schon ganz gut. Um nicht falsch verstanden zu werden: natürlich befindet sich der Kapitalismus weltweit in einer allgemeinen Krise, weshalb es stetige Kämpfe um Einfluss- und Absatzmärkte gibt. Aber eine "Weltwirtschaftskrise" ist ein akutes Geschehen. Davon kann ich nichts erkennen.

Deshalb entbehrt die Begründung, die Kapitalisten bei uns müssten Krise und Neuaufteilung der Märkte *"mit den unterschiedlichsten Vorwänden begründen - diesmal eben mit einer Pandemie"*, jeder Grundlage. Hier in Deutschland gab es in den letzten zehn Jahren keine in der Ökonomie wurzelnde Krise. Die Pandemie wird der Ökonomie des deutschen Imperialismus allerdings eine Delle verpassen, aber man arbeitet jetzt schon daran, dass Deutschland - es wurde 2008 schon genauso formuliert - "stärker aus der Krise herauskommt, als es hineingegangen ist".

Das Subjekt ist hier nicht die Krise, die Überakkumulation o.ä., sondern tatsächlich das Virus. Die von ihm notwendig gemachten Maßnahmen führen zu Wirtschaftsproblemen in allen betroffenen kapitalistischen Ländern. (Im Sozialismus wäre das anders.) Ich gebrauche bewusst den Begriff "Wirtschaftsprobleme", denn diese Probleme stammen nicht aus dem innerökonomischen Getriebe der zyklischen Krisen, sondern sind von außen aufgezwungen. Der deutsche Imperialismus arbeitet daran, das für sich auszunutzen. In dieser Hinsicht wird ein Schuh draus.

Der Satz: "In Wirklichkeit treibt die Überakkumulation des Kapitals die Kapitalisten stets zu einer erneuten Marktaufteilung, welche sie mit den

unterschiedlichsten Vorwänden begründen – diesmal eben mit einer Pandemie“ hält keiner Überprüfung an der Realität stand, sondern bewegt sich leider an der Grenze zu Verschwörungstheorien.

Mit kommunistischen Grüßen, Frank

## ***Emko: Leserbrief zu DRF 7/2020 "Marxistische Sicht auf die Corona-Panik"***

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Freude über die heutige Ankunft der DRF<sup>42</sup> Juli wurde denn doch leider schnell gedämpft: Den Artikel auf S. 2 halte ich für verharmlosend, tendenziös, z.T. falsch begründet und summa summarum entsetzlich. Nach Franks Artikeln auf den letzten beiden Titelseiten halte ich ihn für einen gewaltigen Rückschritt.

Tendenziös und dem Anspruch der Begleitworte "marxistische Sicht" fern ist bereits der Titel mit der wertenden Zuordnung "Panik". Fange ich an zu lesen, wird zunächst einmal heruntergerechnet bis hin zur "Letalität der saisonalen Influenza", woraus wir erkennen sollen, dass "strenge restriktive Maßnahmen keine solide wissenschaftliche oder medizinische Grundlage" haben (erste Spalte). Aha. Auch schön, dass ich dabei die in Diskussionen häufig angeführte Verrenkung erneut lesen muss, dass man in der Regel nicht "an", sondern "mit" dem Coronavirus verstirbt. Dies ist ein völliger Hohn gegenüber vielen bereits zuvor erkrankten Leuten, deren Lebenserwartung durch die Belastung mit dem Virus von mehreren erwartbaren Jahren nun schlagartig auf null gesenkt wird.

Und "strenge restriktive Maßnahmen" haben "keine solide wissenschaftliche oder medizinische Grundlage"? Was für ein Unfug: Da wird mit "vorläufigen Ergebnissen" oder temporären "Studien" inmitten der Pandemie argumentiert und festgestellt, die Letalität läge bei 0,37 %. Nicht gesagt wird dabei freilich, dass weltweit bereits länger umfassende Eindämmungsmaßnahmen gegen SARS-Cov-2 erfolgt sind und - egal, wie hoch die Letalität letztlich ist - dennoch bis zum 11.07.2020 weltweit 564.626 Personen an/mit dem Virus

<sup>42</sup> DRF = „Die Rote Fahne“

verstorben sind (bitte die Tages-0,37% davon selbst ausrechnen...). Wie hoch wäre diese Zahl wohl, würden politisch Verantwortliche auf die Autoren des Artikels hören und nicht "strenge restriktive Maßnahmen" ergreifen?

Zum Glück handeln die Wissenschaftler und Politiker vieler Staaten sehr verantwortungsbewusst: Strenge restriktive Maßnahmen haben z.B. auf Cuba, in China und in Vietnam die katastrophalen Entwicklungen verhindert, die der rechte Nationalismus eines Trump oder des Faschisten Bolsonaro in den USA und Brasilien derzeit verursacht: Am 10.07.2020 gab es allein in diesen beiden Staaten 117.000 Neuinfektionen. Diese machen auch deutlich, dass sich ein Vergleich mit dem SARS-Ausbruch von 2003 verbietet, wie er in Spalte zwei gezogen wird - denn SARS-Cov-2 ist um vieles ansteckender als die Seuche damals, wird rasant übertragen und erfordert - ebendrum - "strenge restriktive Maßnahmen". (Zahlen von: <https://www.worldometers.info/coronavirus/#countries>)

Dem Bolsonarismus des Artikelbeginns folgt danach die Aufwertung von Ansichten, die als "Verschwörungstheorien" häufig unwissenschaftlich zusammengespinnen wurden. Die Art und Weise der Abhandlung der Bezeichnung führt dabei zu pauschaler Relativierung von Kritik an ihnen.

Viel Weiteres wäre zum Artikel anzuführen. Hier höre ich zunächst aber auf; vielleicht setze ich meine Beobachtungen zum Rest noch fort. Wichtiger erscheint mir aber das, was Genosse Christian bereits im Mai als unverzichtbare Grundzüge des Handelns in der Pandemie mit Blick auf die Klassengesellschaft charakterisierte:

*"Der Kapitalismus befindet sich wieder einmal in einer Krise, und das Virus verschlimmert diese Krise zusätzlich. In der BRD gab es Mitte März 2020 einen sogenannten Lockdown. Dieser war recht halbherzig, sollten doch die Profite des Kapitals nicht so sehr gefährdet werden. Auch in anderen Ländern, kapitalistischen und sozialistischen wie Cuba und der KDVR gab es einschneidende Maßnahmen. Der Unterschied ist: Vermeintlich reiche Länder wie die BRD waren auf die Pandemie nicht gut vorbereitet, es fehlt an Pflögern, Schutzkleidung, Masken etc. Während in der BRD und auch in anderen kapitalistischen Ländern die Bevölkerung dazu angehalten wurde, im Sozialen auf Distanz zu gehen, konnten große Betriebe ungehindert öffnen. Viele Arbeiter z.B. in Italien sind deswegen in den Streik getreten. In der BRD*

*ist nun eine Corona-Leugner-Bewegung entstanden, besonders in Stuttgart gab es große Demonstrationen. Was ist dazu zu sagen? Vordergründig wird das Grundgesetz verteidigt, was schon fragwürdig genug ist. Das wirklich Schlimme ist jedoch, das auch AFD'ler und andere Rechte massiv auf diesen Demos sind. Was sie mit den sehr begrenzten bürgerlichen Freiheiten machen würden, wenn sie erst an der Macht wären, dürfte bekannt sein.*

*In sozialistischen Ländern wie Cuba und der KDVR hingegen ist es gelungen, das Virus einzudämmen bzw. gar nicht erst ins Land zu lassen. Wie konnte das geschehen? Zunächst ist zu sagen, dass es in jenen Ländern kein Privateigentum an großen Produktionsmitteln gibt, welches durch den Lockdown seine Profite geschmälert sähe. So war es möglich, Maßnahmen aus einem Guss zu ergreifen die ganze Gesellschaft mittels Tests, Abstand und Quarantäne und einem nicht kaputtgesparten Gesundheitssystem auf diese Pandemie vorzubereiten. Dem sozialistischen Cuba war es sogar möglich, anderen reichen wie armen Ländern zu helfen.*

*In den kapitalistischen Ländern hingegen ist das Gesundheitssystem auf Profit getrimmt und deswegen darauf ausgerichtet, möglichst wenige Pfleger einzustellen, möglichst wenige Vorräte zu haben und möglichst wenige Sachen zu machen, die verhältnismäßig wenig Geld einbringen. Dabei ist die Corona-Leugner-Szene sehr gefährlich. Denn sie verbindet eine Entsolidarisierung und Sprüche wie, an dem Coronavirus würden eh nur Alte sterben, mit den Interessen des Kapitals. Ihre Protagonisten wie Ken Jebsen vergleichen die Bundesregierung der kapitalistischen BRD mit der DDR und verbreiten so Antikommunismus; sie sind alles andere als Rebellen.*

*Notwendig für Kommunisten ist es, sowohl Gesundheitsschutz zu betreiben als auch dafür zu kämpfen, den Arbeitern einen anderen Weg zu zeigen als die Krise auf ihrem Rücken auszutragen. Nämlich: den Weg des Kampfes für eine andere Ordnung, den Sozialismus, und kurzfristig die Anhebung des Kurzarbeitergeldes auf 100 Prozent; auch: Verstaatlichung von Firmen, die Rettungsgelder wollen etc.*

*Diese und weitere Dinge wären meines Erachtens notwendige Forderungen, die das Proletariat jetzt aufstellen könnte."*

(Christian Kunz / Martin Emko)

## **Frank Flegel: Überprüfung der in „Marxistische Sicht auf die Corona-Panik“ genannten „Experten“**

Dr. Sucharit Bhakdi hat gemeinsam mit seiner Frau ein Buch herausgebracht mit dem Titel „Corona-Fehlalarm“. Im Interview des Hamburger Stadtmagazins OXMOX sagt er dazu: *„Ich habe ein erstes Video gemacht, das mit dem Satz endet, dass all diese überbordenden Maßnahmen selbsterstörerisch sind – kollektiver Selbstmord. Das ist das, was jetzt läuft. Die Selbsterstörung wegen eines Killervirus-Spuks, der nicht existiert. Es ist das erstaunlichste Phänomen in der Geschichte der Menschheit.“* (oxmoxhh.de, 14. Juli 2020)

Prof J. Ioannidis schreibt bei impf-info.de (Beiträge zu einer differenzierten Impf-Entscheidung) in seinem Artikel „Corona – ein Evisenz-Fiasko“ vom 23.4.2020: *„...mit lockdowns über Monate, wenn nicht Jahre, kommt das Leben im Wesentlichen zum Erliegen, kurz- und langfristige Konsequenzen sind völlig unbekannt und es könnten tatsächlich Milliarden, nicht nur Millionen von Leben auf dem Spiel stehen.“*

Da schließe ich mich gern den Worten des Genossen Michael Kubi an: Auf solche Experten kann ich getrost verzichten.

## **Horst Vogel: Rundmail an die Empfänger des Artikels von Rostock/Syrkina**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Nach dem Erhalt des Beitrags von M. Kashirina, S. Rostock, N. Syrkina „Marxistische Sicht auf die Corona- Panik“ vom 13.06.2020 per Mail hatte ich mir erhofft, dass Stellungnahmen der Benachrichtigten zu diesem Thema erfolgen würden und wir in eine Art Standpunkt -und Meinungsaustausch per Mail eintreten würden. Dieses ist jedoch offensichtlich in diesem Mail-Adressenkreis nicht erfolgt.

Nun ist es bereits schon wieder Anfang Juli und es treibt mich die Befürchtung, dass unsere kommunistischen Printmedien wieder nicht gebührend auf dieses wichtige Thema eingehen könnten.

Ich muss gestehen, dass mich die beiden Beiträge zum Thema COVID-19 in der Mai-Juni-Ausgabe der *Offen-siv* (Nr. 5-2020) enttäuscht haben. In beiden Beiträgen wird in keiner Weise auf die wesentlichen Zusammenhänge zwischen bürgerlich-medialer Täuschung der Menschen und somit der Verschleierung der z.Z. tatsächlich relevanten Vorgänge und Tatsachen in der kapitalistischen Gesellschaft bezüglich der „Coronaproblematik“ eingegangen. Diese Unterlassung, das nicht Ansprechen der perfiden Methode der Forderung neuer Umgangs- und Verhaltensregeln wegen der Coronapandemie und somit die *Anpassung*, unausgesprochene *Akzeptanz* an die neuen Vorgaben der bürgerlichen Regierungen sollte nicht das sein, was sich revolutionäre kommunistische Organisationen auf die Fahne geschrieben haben.

Was verstehe ich unter z.Z. relevanten Tatsachen und Vorgängen in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft:

-Ergriffene restriktive Maßnahmen der meisten Regierungen als Reaktion auf die von der „Bill u. Melinda Gates -Stiftung“ finanzierten WHO, welche COVID 19 als Pandemie einstufte und der daraufhin erfolgte „logdown“, eines in der Geschichte der Menschheit bisher einmaligen Vorganges der Stilllegung des öffentlichen Lebens und ganzer Wirtschaftszweige wegen der angeblichen Notwendigkeit, die Infektionsketten zur Ausbreitung des Virus zu unterbinden.

*Bezüglich der Wirtschaftslage:*

- Beginnende Rezession in Deutschland und der Weltwirtschaft seit 2019
- Weitere maßlose Verschuldung der Staaten
- Extreme Börsenturbulenzen
- Einsatz von „Helikoptergeld“
- Sprunghafter Anstieg des Goldpreises
- Kurzarbeit(in Deutschland) / Massenarbeitslosigkeit (vor allem in den USA)
- “Stagflation“ (geringere Nachfrage fällt mit geringerer Produktion - Zulieferprodukte für das Endprodukt sind gestört - zusammen)

-Eingeleitete Maßnahmen der Regierungen zur Eindämmung der „Coronapandemie“, hauptsächlich die Wirtschaftsbrachen-Stilllegungen im Flugverkehr, Tourismus, Hotel- u. Gaststättengewerbe haben noch für einen zusätzlichen „Wirtschaftskrisenschub“, welcher wie ein Brandbeschleuniger wirkt, gesorgt.

-Viele weitere, welche ich in der Kürze der Zeit nicht formulieren kann

Fazit:

Die Coronaproblematik ist eine in diesem Ausmaß nie dagewesene medial hochgespielte Berichterstattung bezüglich der Gefährlichkeit eines natürlichen oder künstlich erzeugten Virus, sie dient der herrschenden Klasse zur Einschüchterung/Verängstigung/Verdummung der Massen, um die uns mit hoher Wahrscheinlichkeit ereilende neue kapitalistische Wirtschaftskrise ähnlich des Ausmaßes der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu „handeln“.

Die ergriffenen Corona-Pandemie-Maßnahmen dienen also den Regierenden als Werkzeuge, um die Menschen in der jetzigen und sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen Situation sozial zu distanzieren, zu verängstigen, „mundtot“ zu machen, um rebellische oder gar revolutionäre Aktionen „unter der Decke“ zu halten.

Zu befürchten ist weiterhin die Etablierung einer „Hygiene/Impfdiktatur“ (Erscheinungsbild), vom Wesen aber eine Diktatur der „Weltfinanzoligarchie“, welche bisherige bürgerliche Grundrechte einschränken würde.

Der von den bürgerlichen Medien herabgesprochene Begriff der „Verschwörungstheoretiker“: „*NWO*“ (*New World Order*) erscheint nun in einem völlig neuen Licht.

Wenn diese Einschätzung sich als richtig erweisen sollte, hat das nach meiner Einschätzung „schwerwiegende“ Konsequenzen für die zukünftige Strategie der kommunistischen Bewegung.

Die kommunistischen Medien müssen diesen „Corona-Schwindel“ aufdecken, die Verlogenheit der bürgerlichen Medien entlarven und den Werktätigen zur Erkenntnis verhelfen, dass eine Lösung dieser globalen weltwirtschaftlichen Probleme im Interesse der Werktätigen nur in einer Umwandlung der

Marktwirtschaft in eine sozialistische Planwirtschaft verwirklicht werden kann.

MkG, H. Vogel

## **Frank Flegel: Weitere Daten und Fakten zum deutschen Imperialismus**

Von den der Autorin und dem Autoren des Artikels „Marxistische Sicht...“ wird behauptet, dass Deutschland, die USA und die Weltwirtschaft 2019 in einer Rezession steckten und dass „*die Lage der Weltwirtschaft (...) zur Zeit als Rezession (zyklische Krise der kapitalistischen Produktionsweise) zu bezeichnen (ist)*“. Als Belege bringen sie Warnungen vor einer angehenden Rezession aus der „Wirtschaftswoche“ (Ende 2018), dem „Tagesspiegel“ (August 2019) und vom „Institut für Wirtschaftsforschung Kiel“ (September 2019). Warum solche veralteten „Belege“? Es gibt inzwischen die Zahlen für 2019, also die Abbildung der ökonomischen Tatsachen von 2019. Da muss man keine „Warnungen“ und „Prognosen“ heranziehen. Schließlich bilden „Warnungen“ und „Prognosen“ nicht die Realität ab, sondern äußern Vermutungen über einen kommenden Ablauf. Dieser Ablauf ist aber inzwischen geschehen und dokumentiert. Warum bleibt man trotzdem bei den Warnungen und Prognosen? Weil man nicht an der Wahrheit interessiert ist, sondern an der Verteidigung der eigenen Sichtweise.

Aber die Welt ist erkennbar und es ist eindeutig darstellbar, wie die ökonomische Entwicklung in 2019 verlaufen ist, weil die Daten vorliegen. Da ist kein Platz für „Meinungen“ oder „persönliche Sichtweisen“.

Also: Was war 2019 verglichen mit 2018?

### **Entwicklung des BIP 2018 und 2019<sup>43</sup> (in Mrd. US-Dollar)**

2018	2019	%
------	------	---

<sup>43</sup> Quelle: International Monetary Found, statista.de

Deutschland:	3344	3436	+ 2,75 %
Frankreich:	2780	2707	- 2,53 %
Italien:	2076	1989	- 4,19 %
Spanien:	1428	1398	- 2,10 %
USA:	20.580	21.439	+ 4,17 %

Wir hatten 2019 eine leichte zyklische Krise der Weltwirtschaft. Auffällig, aber nicht überraschend ist, dass die USA und Deutschland in der Lage waren, sich davon abzukoppeln. Die Krise muss als „leicht“ bezeichnet werden, wenn man sie mit dem Geschehen 2015 vergleicht:

#### **Entwicklung des BIP 2014 und 2015<sup>44</sup>**

	2014	2015	%
Deutschland:	2927	3030	+ 3,4 %
Frankreich:	2857	2439	- 14,6 %
Italien:	2155	1833	- 14,9 %
Spanien:	1379	1200	- 13,0 %
USA	17537	18225	+ 3,9 %

2015 gab es eine tiefe zyklische Krise der Weltwirtschaft, die vor allem die europäischen Konkurrenten Deutschlands ins Hintertreffen brachte. Deutschland und die USA waren schon damals ökonomisch in der Lage, ohne Wirtschaftsrückgang durch die Krise zu kommen.

Kommen wir zur Zukunft. Welche Prognose gab der Internationale Währungsfonds vor Corona für 2020 ab?

#### **Prognosen für die Entwicklung des BIP 2020, erstellt im Oktober 2019, also vor Corona<sup>45</sup>**

	2019	2020	%
Deutschland:	3436	---- <sup>46</sup>	?
Frankreich:	2707	2772	+ 2,4 %

<sup>44</sup> ebenda

<sup>45</sup> ebenda

<sup>46</sup> Für Deutschland habe ich leider keine Daten zur Prognose für 2020 aus der Zeit vor Corona gefunden.

Italien:	1989	2014	+ 1,3 %
Spanien:	1398	1440	+ 3,0 %
USA:	21439	22322	+ 4,1 %

Für 2020 wurde, damals noch ohne das Vorhandensein einer Corona-Pandemie, bereits wieder ein leichtes Wachstum prognostiziert. Nach Rostock/Syrkina sollte es aber eine Weltwirtschaftskrise, ausgehend von den USA geben: „Diese Rezession sieht wie eine sogenannte Konjunkturkrise aus, die vom Hauptimperialisten (USA) ausgehend alle Satelliten-Imperialisten (bspw. BRD, Frankreich, Großbritannien) sowie die von diesen halb-/abhängige Länder betrifft,...“ Und Horst Vogel sekundiert: „Beginnende Rezession in Deutschland und der Weltwirtschaft seit 2019“ und spricht von einer „uns mit hoher Wahrscheinlichkeit ereilende neue kapitalistische Wirtschaftskrise ähnlich des Ausmaßes der Weltwirtschaftskrise von 1929“

Liebe Genossen, die Wirtschaftsdaten geben eine solche Interpretation der Lage nicht her.

Auch spricht Horst Vogel von einer „Stagflation“. Der Begriff beschreibt das gleichzeitige Vorhandensein von wirtschaftlicher Stagnation und einer hohen Inflationsrate. Eine wirtschaftliche Stagnation gab es in Deutschland in den vergangenen 11 Jahren aber genauso wenig wie eine Wirtschaftskrise. Es gab stetiges Wachstum – auf Kosten anderer. Und eine starke Inflation?

### **Inflationsraten in der Euro-Zone 2009 bis 2019<sup>47</sup>:**

2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
0,3%	1,6%	2,7%	2,5%	1,3%	0,4%	0,2%	0,2%	1,5%	1,8%	1,2 %

Wie man sieht, gab es keine starke Inflation.

Es wurde auch von „Finanzcrash“ bzw. von „Finanzkrise“ geschrieben (Lacorn/Humbusch). Durch eine Inflation ist der Euro nicht bedroht, wie wir gerade gesehen haben. Gibt es Großbanken, die in Schwierigkeiten sind? Wenn man von der Landeszentralbank Niedersachsen absieht, die wegen fauler Schiffskredite in Schwierigkeiten geriet und die mit öffentlichen Mitteln gerettet wurde, gibt es keine. Im Gegenteil: der deutsche Imperialismus hat sich aufgemacht, mit dem Euro den Dollar als

<sup>47</sup> Quelle: Eurostat, statista.de

Weltleitwährung in Bedrängnis zu bringen, ihm Marktanteile abzunehmen und ihn, wenn möglich, als Leitwährung zu verdrängen.

Kurz über die Weltleitwährung. Ist die Währung eines Landes Weltleitwährung, dann werden wichtige Güter auf dem Weltmarkt in dieser Währung gehandelt und viele Länder halten ihre Devisenreserven in dieser Währung. Das führt dazu, dass große Mengen der Leitwährung aus dem Ursprungsland abfließen und zum einen Teil als Zirkulationsmittel auf den internationalen Märkten fungieren, zum anderen Teil als Devisenreserven vieler Staaten gehalten werden. Beides führt dazu, dass diese Mengen der Währung aus der nationalen Zirkulationssphäre abgezogen werden. Dem entsprechend kann der Staat wesentlich mehr Schulden machen, als jeder „normale“ andere Staat, um z.B. den größten Militärapparat der Welt aufzubauen, das Großkapital großzügig zu subventionieren usw., ohne eine galoppierende Inflation im Lande befürchten zu müssen. Andere Länder können das nicht oder zumindest nicht in diesem Ausmaß.

Seit dem Ende des II. Weltkrieges ist der US-Dollar die unangefochtene Weltleitwährung gewesen. (Vorher war es das englische Pfund.) Aber der Euro und der Yuan (Renminbi) werden immer stärker. Für den Euro ist das Ziel, zur Leitwährung aufzusteigen, schon mehrfach formuliert worden. China hat erklärt, seine Devisenreserven diversifizieren zu wollen, also US-Dollar abzustoßen und Euro zu kaufen und es gibt unterschiedliche Bestrebungen, den Ölhandel vom US-Dollar loszulösen. Dazu ein Beispiel:

*„Die geplante Teheraner Ölbörse kann zum Startschuß für die Ablösung des Dollars als Weltleitwährung werden.<sup>48</sup>*

*Der Iran will auf der Insel Kish im Persischen Golf eine Ölbörse eröffnen, an der nicht mehr in Dollar, sondern in Euro abgerechnet wird. Behrooz Abdolvand, gebürtiger Iraner, Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin, analysiert im Gespräch mit dem Eurasischen Magazin Chancen und Auswirkungen dieses Vorhabens.*

*Frage: Für April hat Teheran die Gründung einer eigenen Ölbörse angekündigt. Das iranische Öl und der Ölhandel weiterer Länder aus dem*

<sup>48</sup> www.eurasischesmagazin.de, März 2019

*asiatischen Raum sollen dann weitgehend in Euro abgerechnet werden. Halten Sie das für realistisch?*

*Behrooz Abdolvand: In vertraulichen Gesprächen mit iranischen Diplomaten wurde mir versichert, dass die Islamische Republik nicht beabsichtigt, den Ölhandel an der geplanten Ölbörse nur in Euro abzurechnen. Vielmehr soll den Marktteilnehmern die Möglichkeit eröffnet werden, neben dem Dollar auch in Euro handeln zu können. Somit ist das keine finanzpolitische Kriegserklärung an die USA, sondern die Besetzung einer handelspolitischen Nische. Langfristig soll sie die Marktteilnehmer durch Abkopplung des Ölhandels vom Dollar vor Wechselkursschwankungen schützen, indem es zur Bildung eines stabileren Währungskorbes für die Fakturierung des Ölgeschäftes kommt. Insoweit erscheint mir das Konzept realisierbar.“*

Und auf [finanzmarktwelt.de](http://finanzmarktwelt.de) war am 21.10.2019 zu lesen:

*„Das US Congressional Budget Office erwartet für das Fiskaljahr 2019/2020 ein Staatsdefizit in Höhe von 1,2 Billionen US-Dollar – 25 Prozent mehr als im letzten Fiskaljahr und dennoch viel zu optimistisch geschätzt. Das Defizit im Außenhandel der USA ist das größte der Welt und hat sich trotz Handelskrieg in den letzten zwölf Monaten lediglich um 0,8 Prozent auf - 883,7 Mrd. US-Dollar verringert. Die US-Notenbank Fed erwartet für 2019 ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent, erkaufte mit einem gigantischen Defizit im Bundeshaushalt von 5,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. ... Vergleicht man die Defizitzahlen der USA mit denen anderer Hauptwährungsräume, dann ist der weitere Weg des US-Dollars vorgezeichnet.*

*Die USA haben seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs das Privileg der Weltleitwährung genossen. Sie konnten über Wechselkurs- und Geldpolitik nach Belieben dem Rest der Welt ihre nationalen Interessen aufoktroieren. Am Ende hat es sie die industrielle Wettbewerbsfähigkeit gekostet und nur Schulden eingebracht. Wenn Sie heutzutage Notenbanker nach ihrer präferierten Reservewährung für Krisenzeiten fragen, heißt die Antwort schon lange nicht mehr US-Dollar. Im Gegenteil, die in Dollar denominierten Vermögenswerte auf den Bilanzen der großen Zentralbanken werden immer öfter mit Gold abgesichert. Der US-Dollar reiht sich damit ein in die lange Tradition von Weltleitwährungen, die alle ausnahmslos dem*

*Bedeutungsverlust anheimfielen. Auch wenn die Briten diese Tatsache für ihr Pfund immer noch nicht akzeptieren wollen. Und so wird es auch beim US-Dollar noch lange die Illusion geben, es handele sich um eine solide Währung. Die Fakten sprechen klar dagegen.“*

Wer dem Dollar weltweit Marktanteile an wichtigen internationalen Geschäften abringen will und sich darum bemüht, dass möglichst viele Länder ihre Devisenreserven in Euro halten, kann sich keinen „Finanzcrash“ leisten – und kann so etwas auch abwenden, weil er schon auf dem Weg ist, der oben für die Weltleitwährung beschrieben ist, nämlich mittels Kreditaufnahmen schwierige Situationen zu überbrücken, ohne eine nennenswerte Inflation hervorzurufen.

Genau das tut Deutschland mit der EU als Hinterland gerade.

Ich wiederhole mich:

„Aktuell haben diesen Satz *„Deutschland wird aus der Krise stärker herauskommen, als es hineingegangen ist“* sowohl Merkel als auch Scholz gesagt. Die Maßnahmen, die heute vom kapitalistischen deutschen Staat unternommen werden, sind grundsätzlich eine Blaupause der Maßnahmen von 2009, jedoch auf wesentlich höherem Niveau als damals. Wegen der langen Wachstumsperiode von 10 Jahren und der dadurch wesentlich größeren finanziellen Möglichkeiten des Staates ist dieses höhere Niveau möglich. Viele andere Staaten sind dazu nicht in der Lage.

Das ist die Realität: Deutschland wird in Zukunft in der obersten Liga des Imperialismus mitspielen – was die Kriegsgefahr selbstverständlich vervielfacht.“ (siehe: „Krisenzyklus, Corona und der deutsche Imperialismus“

Hier können wir noch hinzufügen: Dadurch wachsen die Widersprüche.

- Deutschland beherrscht die Märkte durch Marktführerschaft und Technologie sowie die schon vorhandene Marktmacht, die regionale Produzenten in den Konkurs führt, dermaßen, dass es seit 2008/9 von keiner zyklischen Krise mehr betroffen war, was den schwächeren Länder Europas und den Ländern des so genannten Trikont vieler Entwicklungsmöglichkeiten beraubt.

- Deutschland ist zur alleinigen ökonomischen und politischen Führungsmacht Europas aufgestiegen, was die Widersprüche innerhalb der EU verschärft.

- Deutschland versucht, dem Dollar die Rolle als Weltleitwährung mittels des Euro streitig zu machen, was die Widersprüche zwischen den USA und Deutsch-Europa verschärft.

Es sind Widersprüche gewaltigen Ausmaßes, und es sind Widersprüche, die im Kapitalismus nicht zu einem friedlichen Ausgleich kommen können. Hier liegen welthistorisch sehr große Gefahren für einen III. Weltkrieg.

Ich wünschte mir, dass wir unsere Propaganda auf diesen Zusammenhang ausrichten: a) Kapitalismus trägt den Krieg in sich. B) Konkret für heute liegen die Weltkriegsgefahren in der Konkurrenz zwischen Deutsch-Europa und den USA sowie zwischen Deutsch-Europa und Russland<sup>49</sup>sowie zwischen den USA und China und den USA und Russland. Die Aggressoren in diesen Konflikten sind Deutschland und die USA.

Stattdessen fordern die oben zitierten Genossinnen und Genossen für unsere Propaganda, wir sollten *„die Arbeiter und Angestellten über die Zusammenhänge der Weltwirtschaftskrise mit dieser medial-politischen aufgeblasenen Pandemie“* aufklären.

Das geht vollkommen an der Realität vorbei.

## ***Redaktion offen-siv: Über die Redlichkeit***

Wir haben in den vergangenen Wochen eine für Kommunisten furchtbare Zeit erlebt, und das nicht etwa, weil die Bourgeoisie uns mit Karabinern und Bajonetten gejagt hätte, sondern weil von Teilen unserer Bewegung unglaubliche, ja idiotische Thesen in die Welt gesetzt wurden. Und das in einer Bewegung, die auf der wissenschaftlichen Weltanschauung beruhen sollte, die für sich reklamiert, die Welt erkennen zu können und die verloren

<sup>49</sup> Das Schwanken zwischen der „West- und der Ostvariante“ begleitet den deutschen Imperialismus seit seiner Entstehung

ist, wenn sie es nicht kann, die also wissen müsste, ob es ein kapitalistisches Krisengeschehen gibt oder nicht und wenn ja, woher es kommt und wen es betrifft.

Da fabulierten Genossinnen und Genossen davon, dass es vor Corona einen „Finanzcrash“ eine „Finanzkrise“, eine „Überproduktionskrise“, eine „Absatzkrise“, eine „Überakkumulationskrise“ eine „beginnende Rezession in Deutschland seit 2019“ und dazu eine „Stagflation“ gegeben habe bzw. gäbe. Und deshalb müsse die Bourgeoisie einen gewaltigen „Corona-Schwindel“ inszenieren.

Niemand von denen, die das behaupten, macht sich die Mühe, das anhand von Wirtschaftszahlen, zum Beispiel der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der Daten des Statistischen Bundesamtes, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds oder anderer Wirtschaftsinstitute zu belegen.

Nichts von dem, was sie daherreden, stimmt.

Das ist unredlich. So können sich Kommunisten nicht verhalten. Solche Genossinnen und Genossen geben die kommunistische Bewegung der Lächerlichkeit preis.

## ***Dimitris Koutsoumbas, Generalsekretär des ZK der KKE:*** **Das Ende der Mythen und Illusionen**

### **Damit wir die Gegenwart bewältigen und den Weg in die Zukunft bereiten**

Wir stehen mitten in der Pandemie des neuen Coronavirus, die unser Volk und die Völker der ganzen Welt bedroht. Unsere Partei tritt diesem für das Volk noch nie dagewesenen Abenteuer mit großem Verantwortungsbewusstsein entgegen. Vom ersten Moment an verschoben wir alle Parteiveranstaltungen, passten wir die Arbeit und die Aktivitäten der Parteiorganisationen dem Rahmen der präventiven Maßnahmen des öffentlichen Gesundheitswesens an. Zugleich forderten wir die sofortige Ergreifung aller erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit des Volkes und der Rechte der Werktätigen.

Das Wesen des Eingreifens unserer Partei unter diesen schwierigen Umständen spiegelt sich treffend in dem Motto wider: „**Wir bleiben stark, wir schweigen nicht**“.

WIR BLEIBEN STARK, wir schützen uns, unsere Familien, die Genossen und Freunde, unsere Kollegen. Wir schweigen nicht angesichts der Mängel im öffentlichen Gesundheitssystem. Wir benennen diese Mängel und fordern all das, was bereits hätte geschehen müssen, um die Pandemie zu bekämpfen.

Wir weisen besonders auf die Notwendigkeit der Einstellung tausender Gesundheitsfachkräfte hin, auf die sofortige Requirierung des privaten Gesundheitsbereichs, auf den Schutz unserer Mitmenschen, die in den Betrieben malochen, damit die für das Überleben des Volkes nötige Produktion weitergeht. Genauso notwendig ist der Schutz der Mitmenschen, die selbstaufopferungsvoll in den Krankenhäusern und in allen Gesundheitsbereichen kämpfen, um unsere Gesundheit und unser Leben zu schützen.

Wir bleiben stark, wir lassen den Widerstand nicht nach, auch nicht das kämpferische Aufstellen von Forderungen und die Solidarität in den Betrieben und Einrichtungen, in den Wohngebieten, gewiss unter Berücksichtigung der Schutzmaßnahmen und der besonderen Umstände.

Wir schweigen nicht angesichts der Arbeitgeberwillkür und der Politik der Regierung, die auch diese Krise auf die Werktätigen abwälzen will.

WIR DURCHBRECHEN DAS SCHWEIGEN, das die Regierung und die Großarbeitgeber unter dem Motto „Alle zusammen schaffen wir auch diese Krise“ erzwingen wollen, das ihre heuchlerische, bürgerliche Moral unmissverständlich zum Ausdruck bringt. Ganz einfach, weil wir nicht „alle zusammen“ in der Lage sind, Gesundheitspersonal einzustellen, den privaten Sektor zu requirieren und Vorbeuge- und Schutzmaßnahmen zu ergreifen und dabei alle notwendigen Instrumente und Schutzausrüstungen den Werktätigen bereitzustellen. Im Rahmen dieses ist die Regierung dazu verpflichtet und der Staat, den sie führt, zusammen mit der Klasse, die die wirkliche Macht und das Eigentum besitzt. Und das bis die Arbeiterklasse und die Volksschichten „alle zusammen“ sie endgültig und unwiderruflich absetzen und eine Gesellschaft aufbauen, in der die gesellschaftlichen Güter Vorrang haben



Und all das während es im Nachbarland Italien die Ausbreitung des Virus vor allem der Fortführung der Produktion in der großen Industriezone des Nordens zurück zu führen ist. Schuld daran, dass dies passierte und diese Region als Hauptausbreitungsherd wirkte, waren die Industriellen und die Regierung.

Für all das „rechnen“ wir jetzt mit der ND-Regierung und der maßlosen Großarbeitgeberschaft ab. Wir lassen das nicht für später liegen. Die „Eintracht“, die die SYRIZA und die anderen bürgerlichen Parteien unter dem Vorwand der besonderen Umstände kommunizieren, ist irreführend und geht mit einem aufgezwungenen Maulkorb einher. Damit fordern sie eigentlich das Volk auf, sich aufzugeben und unterzuordnen. Uns geht es um das Denken, das Bewusstsein, den klaren klassenorientierten Geist, auch um das Handeln und eine kämpferische Lebenshaltung, damit sich niemand unter diesen schwierigen Bedingungen allein fühlt.

Wir verstehen diese Eintracht als die Eintracht der Arbeiterklasse, des vielfach geprüften Volkes. Diese Eintracht wird tagtäglich mit Geduld und Beharrlichkeit gebaut und richtet sich auch konsequent gegen die Politik der EU, des Großkapitals und seiner Regierungen, die sein Leben und das seiner Kinder aufs Spiel setzen.

Vor allem die Opposition von Parteien, wie der SYRIZA, wird in die Geschichte eingehen als eine Opposition, die jeden gefährlichen Schritt unterstützt, der letztlich den Interessen des griechischen Volkes zuwiderläuft.

Aufgrund ihrer strategischen Übereinstimmung mit der Nea Dimokratia unterstützt die SYRIZA die Regierung in allen Fragen, die das Leben des Volkes beeinträchtigen. Sie reichen von den gefährlichen Beziehungen zu den USA und der NATO, den griechisch-türkischen Beziehungen und der imperialistischen Aggression, über den Umgang mit dem Flüchtlings- und Einwanderungsdrama bis hin zur Pandemie-Bekämpfung.

Darüber hinaus prägte die SYRIZA die Auflösung des öffentlichen Gesundheitssystems mit, von der diskreditierten bis zur mangelnden primären Gesundheitsversorgung, bis hin zu den großen Krankenhäusern, die nicht erst durch die Pandemie an ihre Grenzen gelangten.

Die vorherige Regierung der ND schloss die Krankenhäuser und die SYRIZA ließ sie geschlossen.

Die ND reduzierte die Mittel für das Gesundheitswesen und die SYRIZA reduzierte sie noch mehr.

Keine von ihnen stellte das notwendige medizinische und Gesundheitspersonal ein.

Miteinander erzählten sie dem Volk das Märchen, dass die Privatwirtschaft zur „Verbesserung“ des öffentlichen Gesundheitssektors beitragen kann.

WENN ES EINEN MYTHOS GIBT, der in diesen Tagen der Corona-Pandemie zerbricht, ist der Mythos der harmonischen Koexistenz des öffentlichen und des privaten Sektors und ihres gemeinsamen Beitrags zur Begegnung dieses Problems. Mit diesem Mythos räumen schon die privaten Diagnostikzentren mit ihrem Profit auf, den sie mit dem Virentest machen, der nur jenen zur Verfügung steht, die ihn bezahlen können. Dazu entziehen sie der staatlichen Planung wertvolle Ressourcen, während sie gleichzeitig die Gefahr der Ausbreitung des Virus erhöhen.

Dieser Mythos wird auch durch die Tatsache entschleierte, dass der Staat für die Versorgung mit lebenswichtigen Materialien und Medikamenten von dem „Krieg“ der großen Firmen abhängig ist, die eine Chance auf goldene Geschäfte auf dem Weltmarkt witterten.

Es zeigt sich auf dramatische Weise die Notwendigkeit eines ausschließlich öffentlichen und kostenlosen Gesundheitswesens ohne jedwede unternehmerische Tätigkeit.

Selbst jetzt, in einer Zeit, in der alle Augen auf das öffentliche Gesundheitswesen gerichtet sind, sind die von der Regierung angekündigten Einstellungen von Gesundheitsfachkräften schon unter anderen, normalen Bedingungen unzureichend, um auch nur den Mindestanforderungen gerecht zu werden, geschweige denn unter den Bedingungen einer Pandemie.

Die aktuelle Lage erfordert:

Die sofortige Requirierung der privaten Einrichtungen und ihre Eingliederung in die zentrale, staatliche Planung.

Die Versorgung der Krankenhäuser mit allen notwendigen Mitteln, die die Mediziner fordern, die besser als jeder andere wissen, was dringend gebraucht wird.

Die Inbetriebnahme aller Intensivstationen.

Die Einstellung aller erforderlichen Gesundheitsfachkräfte.

Was der SYRIZA-Chef über die „Requirierung“ der privaten Krankenhäuser stotterte, betrifft nur die Erweiterung ihres Vertrages mit der Staatlichen Institution für Gesundheitsdienstleistungen (EOPYY). Offenbar wagt die SYRIZA nicht einmal die tatsächliche unverzügliche Requirierung des privaten Sektors vorzuschlagen.

DER ZWEITE MYTHOS betrifft die „Rückkehr zur Normalität“ und die hohen Wachstumsraten. Stattdessen macht sich das Eingeständnis breit, dass auch die griechische Wirtschaft in eine tiefe Rezession treibt.

Natürlich war dem die Abschwächung der Wirtschaft in der EU und in anderen großen kapitalistischen Volkswirtschaften vorangegangen, was die Gefahr des Ausbruchs einer neuen kapitalistischen Krise erhöhte.

Natürlich ist die Pandemie, die im Gang ist, nicht ihre Hauptursache, sondern nur der Katalysator. Fakt ist, dass die griechische Wirtschaft auch wegen der „Monokultur“ des Tourismus betroffen sein wird, was all jene bloßstellt, die die Exportorientiertheit der griechischen Wirtschaft auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Die Maßnahmen der EU und der Regierungen der Mitgliedsstaaten, die zu protektionistischen Schritten übergehen, Grenzen schließen und ihre eigenen Monopolgruppen mit „Hilfspaketen“ finanzieren, werden diesen Kurs nicht aufhalten.

Diese staatlichen Eingriffe keynesianischer Art sowie die propagierte finanzpolitische Lockerung, um die kapitalistische Wirtschaft zu stützen, werden wieder die Werktätigen bezahlen. Sie werden die neuen Haushaltslücken auffüllen und die neuen Kredite abdecken müssen.

Und die berühmte „europäische Solidarität“ wird lediglich als Treppenwitz bezeichnet, sogar bei bürgerlichen Kreisen des Landes. Vor allem, wenn in der Europäischen Union des „freien Warenverkehrs“ Deutschland und

Frankreich sogar die Ausfuhr der notwendigen medizinischen Materialien in andere Länder verboten!

Auf diese Weise zeigt sich auch - und das in tragischen Momenten für die Völker Europas -, dass die EU keine Vereinigung der Völker ist, sondern eine „Räuberallianz“ und eine „Löwengrube“, eine imperialistische Vereinigung von Staaten. Daher ist es nicht nur notwendig, eine harte Haltung ihr gegenüber einzunehmen, wie es verschiedene bürgerliche Parteien auch fordern, wenn sie in der Opposition sind. Es muss ein politischer und strategischer Weg eingeschlagen werden, der zu einer Loslösung aus ihr führt, und die Arbeiterklasse und das Volk eines jeden Landes die Macht und das Eigentum an den Produktionsmitteln haben.

Vor allem zeigt die Pandemie Tag für Tag die Grenzen des kapitalistischen Systems immer stärker auf.

Es stellt sich heraus, dass die modernen Bedürfnisse und die gesellschaftlichen Güter, wie die Gesundheit, nicht der Gnade der Märkte und der Profite überlassen werden dürfen.

Diese Verfallserscheinungen können nicht durch die verschiedenen Eigenschaftswörter verborgen werden, die manche dem Kapitalismus verleihen, wie „neoliberaler Kapitalismus“, „Extremkapitalismus“ oder ähnlich, nur um letztlich zu vertuschen, dass sie mit Händen und Füßen das kapitalistische System selbst unterstützen.

Es ist nun mehr als offensichtlich, dass es nicht um „vielleicht einen falschen Ansatz“, „einen einfachen Fehler der politischen Strategie“ geht, der vielleicht „durch einzelne Kurskorrekturen“ oder mit dem „Auswechseln einiger bürgerlicher Systemverwalter, von den Liberalen hin zu den Sozialdemokraten“ und vice versa verbessert werden kann...

Es ist immer das gleiche Lied.

Nur dass immer das Volk der Leidtragende ist, sowohl unter den Bedingungen einer Corona-Pandemie, als auch unter nicht besonders schwierigen - aber immerhin kapitalistischen Bedingungen.

Die empörenden Zustände, unter welchen Ärzte gezwungen werden zu entscheiden, wer leben und wer sterben wird, gibt es auch in Ländern mit

„neoliberalen“ Regierungen, wie in Italien, aber auch in solchen, in den sogenannte „fortschrittliche Bündnisse“ regieren, wie in Spanien.

Heute gehen der Kapitalismus, die Marktwirtschaft in all ihren Varianten bankrott. Mit ihrem Profitstreben machen sie jede Möglichkeit für die Arbeiterklasse und das Volk zunichte, in Einklang mit der Entwicklung der Wissenschaft und Technik ein hohes Niveau an Gesundheitsleistungen zu genießen.

Selbst unter den Bedingungen einer Pandemie wird alles dem Profitstreben des Kapitals untergeordnet. Deshalb mussten die Arbeiter in der norditalienischen Industrie trotz der Verbote normal weiter arbeiten, ohne Schutzmaßnahmen, mit den bekannten tragischen Folgen.

Deshalb wird der Konkurrenzkampf zwischen den international tätigen Monopolen um die Patentierung des Impfstoffes immer größer, während es eine Zusammenarbeit und gemeinsame Anstrengungen der besten Wissenschaftler und Forschungszentren der ganzen Welt geben sollte.

Deshalb treten die großen Arbeitgeber die verbliebenen Arbeiterrechte mit den Füßen, testen neue Formen der Ausbeutung, wie Telearbeit, und vollziehen Massenentlassungen.

Gegenüber diesen Verfallserscheinungen des bankrotten Kapitalismus steht die Überlegenheit des Sozialismus, der Gesundheit und Fürsorge für alle gewährleistete; und das sogar im letzten Jahrhundert und in Ländern, die mitunter Bedingungen großer Rückständigkeit auf allen Ebenen den Aufbau begannen.

Die Zahlen in der Sowjetunion vor 30 Jahren sprechen für sich: Mehr als 1,1 Millionen Ärzte, ausschließlich kostenlose Gesundheitsversorgung für die ganze Bevölkerung, 1.387 Krankenhausbetten pro 10.000 Einwohner, Zahlen, die mit denen in unserem Land und in den EU-Ländern nicht einmal annähernd verglichen werden können.

Auch heute zeigen die Entsendung kubanischer Ärzte nach Italien, das Vorhandensein von Gesundheitsinfrastruktur in Ländern wie Deutschland, die unter dem Druck des sozialistischen Systems in der Deutschen Demokratischen Republik standen, sogar die Pandemie-Bekämpfung im kapitalistischen China, das einige sozialistische Überbleibsel an den Tag legt,

dass der Sozialismus auch heute noch, drei Jahrzehnte nach seinem Umsturz, seine starken gesellschaftlichen Spuren hinterlassen hat.

Unter diesen beispiellosen Umständen bleiben wir stark, kämpfen für Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der Rechte der Werktätigen, zeigen die einzige Perspektive für die Arbeiterklasse und die Mehrheit unseres Volkes auf, die neue Gesellschaft, den Sozialismus.

Die spürbare Überlegenheit des Sozialismus, des gesellschaftlichen Eigentums und der wissenschaftlichen Zentralplanung, sind das große Vermächtnis für den Tag danach.

Das soll während dieser Tage der „Quarantäne“ unser Denken und unsere politische Aktion prägen. Wir lehnen die politische „Quarantäne“ ab, wir kämpfen gegen die „Quarantäne“ im Denken. Wir denken, lernen und handeln, indem wir uns mit der Gegenwart auseinandersetzen, indem wir unser Handeln anpassen und unseren Blick wegbereitend auf die Zukunft richten.

## Obdachlosigkeit

### ***Heinz Ahlreip: Wohnraumklau in der BRD***

Am 15. 7. 2020 fand in Hannover eine Obdachlosen-Demonstration statt, keine Massendemonstration, sondern eine kleine mit ungefähr hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Widerlegt wurde die Behauptung, Obdachlose ließen sich nicht mobilisieren.

Das Verteilen von Flugblättern war verboten, angeblich aus hygienischen Gründen. Der Lokalzeitung HAZ (Hannoversche Allgemeine Zeitung) war die Berichterstattung trotz dieser brachialen Informationsunterbrechung behördlicherseits gerade mal 74 Wörter wert.

Man irrt sich heute in der Wohnungsfrage gewaltig, wenn man sie bagatellisiert, wo doch durch den Einbruch der Corona-Pandemie in Kürze Menschen auf der Straße stehen werden, die heute noch gar nicht daran

denken und übersehen, dass ein Rad ins andere greift: Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit ... Obdachlosigkeit.

An der Quittung, die uns die Corona-Krise 2020?, 2021?, 2022?, 2023?.... vorlegen wird, wird noch geschrieben! Von den Lohnsklavinnen und Lohnsklaven kann es jede/jeden in der nächsten Zeit treffen. In den Städten werden bald nur noch die Reichen wohnen können, der Weg ihrer Bediensteten zur Arbeit wird immer länger werden. Massenelend, steigende Verarmung und Pauperismus sind ständige Begleiterscheinungen des blutsaugenden Kapitalismus.

**650 000 Menschen sind bereits heute nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in Deutschland von Wohnungslosigkeit betroffen.**

Wir dürfen nicht auf die Machenschaften der bürgerlichen Politiker hereinfließen, die sich in einer Wirtschaftsform, in der generell eine Anarchie der Produktion vorliegt, als Pandemiemanager profilieren wollen und aus wahltaktischen Gründen auch müssen, ohne dazu in der Lage zu sein, die keinen Plan, keine Perspektive und keine Übersicht haben können.

Was war der Anlass der Demonstration?

Während des Lockdowns, in dem eine wichtige Einnahmequelle der Obdachlosen wegfiel, das Sammeln von Pfandflaschen, hatte die Stadt Hannover ab dem 15.4. für drei Monate eine Jugendherberge angemietet, in der 60 Obdachlose Unterschlupf fanden. 60 von ungefähr 600 Obdachlosen in Hannover. Das lief also am 15.7. aus und daher die Demo. Die Kürze der Unterbringung und die Tatsache, dass nur 10 % durch Unterbringung in Einzelzimmern privilegiert waren, zeugt doch geradezu von der Unfähigkeit der Bourgeoisie, die Wohnungsfrage im Sinne des ersten Artikels des Grundgesetzes zu lösen.

Wenn man nur 74 Wörter für die Ärmsten der Armen, für die Töchter und Söhne der Not und der Entbehnung übrighat, dann fallen in der HAZ natürlich die Parolen weg, die skandiert worden waren.

Drei seien herausgestrichen: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Wohnung klaut!“ Und: „Wir sind hier und gehen voran, alle Obdachlosen an einem Strang“, „Wohnraum für alle, sonst gibt es Krawalle“.

Das riefen Menschen, die in der Regel keinen Hochschulabschluss, die an keinen Seminaren über Karl Marx teilgenommen, sich nicht tief in Theorie gesonnt haben – und doch aus ihrer Not heraus ganz richtig liegen, sie haben die Eigentumsfrage angeschnitten, die Frage der Solidarität und die der Gewalt.

Engels hatte schon 1872/73 in einer Artikelserie zur Wohnungsfrage in der ‚Leipziger Volkszeitung‘ auf die Möglichkeit der Bequartierung hingewiesen, den leerstehenden Wohnraum der Reichen, der Wohnraumklauer, in Beschlag zu nehmen für die Habenichtse. Die Unkenntnis dieser Schrift ist einer der Gründe, warum in der BRD die Wohnraumproblematik auf dem Klippschulniveau abgehandelt wird.

650 000 Menschen wären in der BRD leicht unterzubringen. Dass das möglich ist, das hat die Aufnahme von Millionen geistig verkrüppelter Antikommunisten, die 1945, aus welchen Gründen auch immer, vor der roten Hauptbefreiungsarmee vom Faschismus in Europa in Richtung Faschismus flohen, gezeigt.

Aber hier kommt der Mechanismus der bürgerlichen Klassenherrschaft zur Geltung, die Menschenwürde der Ärmsten der Armen mit Füßen zu treten, den Antikommunisten nur jede erdenkliche Privilegierung in ihren stinkenden After zu stecken.

Über eine halbe Millionen Menschen stellen sich in der BRD eine bange Frage, unaufhaltsam tickt die Uhr: Werde ich die Nächte bei zweistelligen Minusgraden im kommenden Winter überleben?

## KKE und TKP

### ***Cinar Cimen: Auszug aus und Kommentar zu dem Referat der KO zur Lage unserer Bewegung auf der Welt***<sup>50</sup>

"Die kommunistische Weltbewegung begann sich jedoch schon einige Jahre nach der Konterrevolution zu reorganisieren und erste kleine Schritte zur Überwindung ihrer tiefen Krise zu gehen. Von unschätzbarem Gewicht ist dabei das Verdienst, das der Kommunistischen Partei Griechenlands zukommt.

Die KKE war selbst dabei, einen Klärungsprozess zu durchlaufen, in dem sie die opportunistischen Einflüsse ihrer Vergangenheit immer mehr überwand. 1998 berief die KKE zum ersten Mal seit der Konterrevolution ein Internationales Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien ein. Seitdem hat es jedes Jahr ein solches Treffen gegeben.

Auf den internationalen Treffen wurden auch die teilweise grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten deutlich. Im Zentrum stand und steht die Frage der Strategie der Kommunistischen Partei und die Frage, ob es eine Kommunistische Internationale braucht.

Diejenigen Parteien, die davon überzeugt sind, dass es eine internationale Koordinierung und Klärung braucht, haben die seit 2009 erscheinende internationale Kommunistische Rundschau und die Initiative der Kommunistischen und Arbeiterparteien gegründet.

Wo steht also heute die kommunistische Weltbewegung? Wir können feststellen, dass der akute Schockzustand, der nach dem Sieg der Konterrevolution eintrat, überwunden ist.

<sup>50</sup> (<https://kommunistische.org/stellungnahmen/III-referat-zur-lage-der-kommunistischen-bewegung-nach-der-konterrevolution/>):

Einige Parteien wie die KKE und die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) haben es geschafft, den Niedergang zu stoppen und in ihrem Land erneut eine kraftvolle revolutionäre Arbeiterbewegung aufzubauen."

Ich möchte mich zu den einzelnen Inhalten dieses Textes nicht äußern. Aus Zeitgründen möchte ich das nicht. Doch ich möchte mich zu dem von mir rot markierten Abschnitt des Auszuges aus diesem Referat äußern. Das, was die KO in dem rot markierten Absatz über die KKE und über die TKP, der ich seit vielen Jahren angehöre, sagt, ist zutreffend. Beide Parteien bilden 2 marxistisch-leninistische, bolschewistische Zentren innerhalb der gegenwärtigen kommunistischen Weltbewegung. Beide Parteien sind sehr starke Bastionen im Kampf für die konsequente Praktizierung und die schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus und im Kampf gegen den Opportunismus, Revisionismus und Antikommunismus. Beide Parteien haben eine 100-jährige Geschichte und vielfältige Kampferfahrungen und gehören gegenwärtig zu den marxistisch-leninistisch standhaftesten Parteien der kommunistischen Weltbewegung. Ich bin stolz darauf, einer dieser beiden Parteien seit mehreren Jahren zugehörig zu sein und für die sozialistische Revolution in der Türkei zu kämpfen. Meine Erfahrungen aus der TKP möchte ich in die kommunistische Bewegung Deutschlands (organisiert) einbringen, da ich mit der kommunistischen Bewegung Deutschlands mindestens so sehr verbunden bin, wie mit der kommunistischen Bewegung der Türkei. Die kommunistische Bewegung Deutschlands und vor allem ihre Geschichte hat mich seit meiner Kindheit sogar mehr als die kommunistische Bewegung der Türkei geprägt. So war und ist die DDR seit meinem 13./14. Lebensjahr mein Lebens Vorbild, das mich seitdem in meinem ganzen Leben geprägt und sehr wesentlich beeinflusst hat.

Doch nun zurück zur KKE und TKP: Das, was die KO über uns sagt, stimmt - und ich bin stolz darauf, als ein Mitglied dieser 100-jährigen sowie konsequent bolschewistischen TKP. Aber wir dürfen uns nicht in Selbstzufriedenheit begeben und nicht vergessen, dass wir, solange wir die sozialistische Revolution nicht durchführen, nicht einmal von ersten Erfolgen im Kampf sprechen können. Eine kommunistische Partei kann sich nicht als erfolgreich einschätzen, wenn sie 103 Jahre nach der Gr. Soz. Oktoberrevolution (immer noch) nicht einmal mit dem sozialistischen Aufbau im eigenen Land begonnen hat. Auch danach - also nach der Errichtung der

Diktatur des Proletariats - kann sie nicht in Selbstzufriedenheit und Bequemlichkeit geraten, da im Sozialismus der Klassenkampf nicht aufhört und sich in vielfältiger Hinsicht sogar verschärft.

---

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,  
37194 Bodenfelde-Wahmbeck  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**

